

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 42.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 21. Oktober 1911.

Redakteur: H. Heintmann, Düsseldorf, Kavaleriesstr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1338. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Wie die Baumwollindustrie zum Schutzoll kam.

Schon bei den Zolldebatten in den 50er und 60er Jahren hatten die Spinner auf die Unzulänglichkeit des damaligen Zolltarifes hingewiesen und Änderungen gefordert. Sie verlangten eine Verzollung je nach der Höhe des Wertes des zu verzollenden Artikels, also namentlich für die feineren Garnnummern einen entsprechend hohen Zoll, damit sich auch die deutsche Spinnerei diesen Nummern zuwenden könne, was ihnen jetzt infolge der starken englischen und der für Süddeutschland fühlbaren schweizerischen Konkurrenz unmöglich sei. Sie fanden kein Gehör; die ganze Richtung damals war mehr freihändlerisch, die wirtschaftliche Struktur in industrieller Hinsicht noch kleingewerblich, in der Textilindustrie vorherrschend die kleinen Webereien. Der großkapitalistische Fabrikbetrieb fand darum die wenigste Zuneigung. 1865 war, wie bereits im vorigen Artikel gesagt ist, der Zoll auf Garne infolge der ungeheuren Baumwollknappheit wieder herabgesetzt worden. Nach einer Aufstellung von Professor Herfer betrug der Zollsatz bis zum Inkrafttreten des Zolltarifs von 1879:

Nr.	20 (französisch)	25	Prozent der Produktionskosten
28	16	„	„
34	8	„	„
80	3	„	„
159	„	„	„
200	„	„	„

Die Folge dieser Art der Zollbelastung war, daß die deutschen Spinnereien sich ausschließlich auf die Zubereitung gröberer Garne legen mußten, in dem sie denn auch den Inlandsmarkt bedienten und hin und wieder sogar eine ganz ansehnliche Ausfuhr hatten.

Der siegreiche Feldzug gegen Frankreich hatte auch für das deutsche Baumwollgewerbe wesentliche Veränderungen im Gefolge. Nach dem Kriege setzte ein riesenhafter gewerblicher und industrieller Aufschwung ein. Auf den meisten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens wurde eine unnatürliche Aufspeicherung hervorgebracht, die sich in gewagten Spekulationen und irrationalen Gründungen nicht genug tun konnte. Auch die Baumwollindustrie nahm Teil daran und belebte sich infolge der gehobenen Kaufkraft der deutschen Bevölkerung; aber doch nur in beschränktem Maße. Lassen wir Vochnüller berichten:

„Durch den Friedensschluß mit Frankreich war das Elsas wieder deutsch geworden. Dies war aber die Hochburg der französischen Baumwollindustrie gewesen. Der Zuwachs, den die deutsche Spinnerei an Spindeln erfuhr, stellte sich auf 56%, derjenige an mechanischen Webstühlen belief sich auf 88% und der an Druckmaschinen sogar auf volle 100%. Hier waren unter dem Schutze des französischen Wertzollsystems Feinspinnereien entstanden und zur Blüte gelangt, noch besser entwickelt waren von jeher Baumwolldruckereien und Färbereien, also die Zweige der Veredelungsindustrie. Das deutsche Zollsystem schien nun den elsfässischen Fabrikanten nicht die Garantien zu bieten für eine Fortsetzung des Schutzes, den ihre Feinspinnerei bis dahin genossen hatte; sie befürworteten lebhaft das Projekt, wonach aus dem Elsas ein neutraler Staat geschaffen sollte, ähnlich der Schweiz. In den Friedensvertrag, der die Annexion des Elsas aussprach, wurden deshalb Bedingungen aufgenommen, die den Fabrikanten bis Ende des Jahres 1872 den Absatz der Waren nach Frankreich erleichtern sollten. Zuerst durften Waren aus dem Elsas ganz zollfrei, dann zu einem Viertel und schließlich zur Hälfte des französischen Eingangszolls die Grenze passieren. Sobald aber diese Uebergangszeit verstrichen war, strömten die Waren in das Reich und bereiteten gerade den süddeutschen Spinnereien nicht geringe Konkurrenz. Die Befürchtung der Elsfässer war begründet gewesen, denn der deutsche Garnezoll, der 1865 auf zwei Later ermäßigt worden war, war nicht imstande, die Spinnerei feinerer Garne wirksam zu schützen. Damit war den schweizer und englischen Garnen Tür und Tor geöffnet.“

Die elsfässische Konkurrenz wurde nun gezwungen, zu gröberem Garnen überzugehen. Das führte alsbald zur Ueberproduktion, die den großen Wirtschaftskrach von 1874—1877 um so schlimmer fühlbar machte und zu seiner Verschärfung beitrug.

Ähnlich ging es auch in andern Industrieländern vor allem in England. Auch dort hatte die Hochkonjunktur zu Beginn der 70er Jahre zu einer bedeutenden Ausdehnung der industriellen Tätigkeit geführt, namentlich hatte das Textilgewerbe dort einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Jetzt, in den Jahren der Tiefkonjunktur, lagerte in England eine immense Ueberproduktion, die nun auf die Auslandsmärkte geworfen wurde, vor allem auf den ziemlich offen stehenden deutschen Markt. Deren Konkurrenz machte sich um so fühlbarer, als in den bisherigen Absatzgebieten Englands, in Nordamerika, eine eigene Industrie erstarkt war und in Ostasien Hungersnöte den Absatz erschwerten. Was aber das Inlandsgeschäft der deutschen Textilindustrie dauernd außerordentlich schwächte, war die sinkende Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, waren die permanenten Notzeiten, die Mitte der 70er Jahre für unsere deutsche Landwirtschaft infolge der gewaltigen Konkurrenz des amerikanischen Getreides hereinbrachten.

All diese Umstände hatten einen förmlichen Umschwung in der handelspolitischen Meinung zur Folge. Bismarck selbst, bisher ein Anhänger des Freihandels, inaugurierte die neue zollpolitische Ära in der deutschen Wirtschaftspolitik. Der Zolltarif von 1879 ließ wie bisher alle Rohstoffe, auch solche, die in Deutschland hergestellt wurden, zollfrei, so Wolle, Flachs (zwar sah der Tarif zum Schutze des heimischen Flachsbauers einen Zollsatz von 1 M. für 100 Kilogramm vor, der aber im Juni 1880 schon wieder abgeschafft wurde), Rohseide und Baumwolle. Der Zolltarif beruhte auf dem Grundsatz des „Schutzes der nationalen Arbeit“, wie Bismarck es gelegentlich ausdrückte, d. h. es sollten sämtliche Erwerbszweige der deutschen Volkswirtschaft gegenüber den von allen Seiten her auftauchenden Schwierigkeiten geschützt und gefördert werden. Dieser Grundsatz kam auch in der Verzollung der Baumwollprodukte zum Ausdruck. Als Kompensation für den höheren Garnezoll erhielten die Webereien einen großen Zollsatz für ihre Artikel. Der Zoll wurde entgegen dem bisherigen Prinzip höher mit dem Werte der Ware oder der Nummer des Garnes, und zwar betrug der Zollsatz:

Nr.	17 englisch	12 Mark	per 100 Kg.
über 17—45	18	„	100
45—60	24	„	100
60—79	30	„	100
über 79	36	„	100

Die zweidrähtigen und gefärbten Garne hatten entsprechend höheren Zoll zu entrichten. Gewebe wurden ebenfalls nach einem Staffeltarif verzollt, dessen Sätze sich zwischen 80 und 350 Mark bewegten. Daß auch die Webereien im allgemeinen mit dieser Verzollung einverstanden waren, geht daraus hervor, daß von einer von der Regierung geladenen sachverständigen Kommission, die u. a. aus 15 Webereivertretern bestand, nur drei gegen die Zollerhöhung waren, alle übrigen dafür sprachen und die gleichzeitige Erhöhung der Garnezölle für eine ausreichende Kompensation hielten. Tatsächlich hat dieser Zolltarif für unser Gewerbe, namentlich für die Spinnerei, viele Vorteile gebracht. Einzelne konnten zum Spinnen feinerer Garne übergehen. Die große Hoffnung der süddeutschen Spinner dagegen, daß es auch der elsfässischen Spinnerei möglich sei, zu ihren früheren feineren Qualitäten in vollem Umfange zurückzukehren, hat sich nicht erfüllt. Der Zollsatz kam dafür anscheinend zu spät.

Deutschland hatte einen autonomen Zolltarif, d. h. er konnte jeder Zeit ohne Rücksicht auf einen anderen Staat abgeändert werden. In diese Lage kam Deutschland auch bald für einige Zweige der Baumwollspinnerei. 1884 und 1885 warf England, weil der Absatz im Inlande stockte, seine Garne zu Schleuderpreisen auf den deutschen Markt. Dem Er-

suchen der Zwirnereien und Nähfadefabriken auf Zollerhöhung zum Schutze der drückenden englischen Konkurrenz wurde 1885 stattgegeben. Gleichzeitig wurden aber auch die Zölle für Fertigwaren weiter ausgebaut. So konnte sich die Baumwollindustrie unter dem Zollsutze innerlich konsolidieren, kräftigen und ausdehnen.

Anfang der 90er Jahre beginnt die Zeit der handelspolitischen Richtung, die in den Caprivischen Handelsverträgen ihren Ausdruck fand. Die autonome Zollgesetzgebung hatte zu allerlei Reibungen, sogar zu Zollkriegen (Deutschland und Rußland) geführt, wodurch die Industrie wesentlich geschädigt wurde. Caprivi ging zum System der langfristigen Handelsverträge über, die namentlich sichere Zoll- und Absatzverhältnisse für die immer mehr exportierende deutsche Industrie schaffen sollten. Die Landwirtschaft kam dabei zu kurz, aber zunächst auch einige Zweige des Textilgewerbes.

Der Handelsvertrag mit der Schweiz setzte die Zölle auf Feingarne von 30—36 M. auf 20—24 M. herab, das war eine Erniedrigung von rund 33%. Das hatte dieselbe Erniedrigung für Frankreich im Gefolge, womit uns seit dem Frankfurter Friedensvertrag ein Meistbegünstigungsvertrag auf „ewige Zeiten“ verbindet.

Die schweizerische Konkurrenz war besonders den elsfässischen Spinnern fühlbar. Das Verspinnen von Feingarnen war ihnen nun umso schwieriger, ihre Fabrikation in gröberem Garnen drohte zu einer permanenten Ueberproduktion zu führen. Zwar machte sich das nicht gleich zu Anfang der 90er Jahre fühlbar. In der ersten Hälfte des Jahres 1892 ging das Geschäft sogar sehr gut. In England war um diese Zeit ein großer Spinnestrick, der eine bedeutende deutsche Garnausfuhr dorthin begünstigte. Im letzten Teile des Jahres jedoch hörte das auf und eine regelrechte Ueberproduktion führte zu einer scharfen Krise. Im allgemeinen aber haben die Caprivischen Handelsverträge, die durchweg eine Erhöhung des Zolles auf Industrieprodukte brachten und eine Verminderung der Agrarzölle, unser Gewerbe, namentlich in dem Auslandsgeschäfte, wesentlich gefördert, die Weberei sowohl als die Spinnerei, was u. a. auch daraus hervorgeht, daß die Feinspinnerei in Deutschland in den Jahren eine ziemlich bedeutende Ausdehnung erfuhr.

Bei den Vorbereitungen und Beratungen des Zolltarifs von 1902 setzte der Streit zwischen Webern und Spinnern um den Garnezoll von neuem wieder mit aller Heftigkeit ein. Von den elsfässischen Fabrikanten wurde wieder eine bedeutende Erhöhung der Zölle für feinere Garnnummern gefordert. Die Weber wendeten sich mit aller Entschiedenheit dagegen, forderten sogar eine Herabsetzung der Zölle für gröbere Garne. Ihre Argumente faßt Vochnüller in folgende Punkte zusammen:

1. Die Spinner hätten ihr 1879 gegebenes Versprechen, sich der Fabrikation von Feingarnen zuwenden zu wollen, nicht gehalten.
2. Die Grobgarnzölle seien zu hoch gewesen, so daß die Grobgarnspinnerei ungleich größeren Gewinn abgeworfen hätte. Die geringe Rentabilität der Jahre nach 1893 beruhe auf der Ueberproduktion, die durch Spinnereien an der deutsch-holländischen Grenze geschürt werde, die ihrerseits gerade wegen der hohen Garnezölle mit fremdem Kapital gegründet worden seien.
3. Es sei keine Aussicht vorhanden, daß etwa die englischen Spinner die höheren Zölle auf Feingarn tragen würden, da wir eben von England abhängig seien und die inländische Produktion von Feingarnen gering sei.
4. Höhere Zölle bedeuten eine Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Baumwollweberei auf fremden Märkten, da ihre wichtigsten fremden Konkurrenten gar keine oder nur geringe Garnezölle zu leisten hätten und außerdem die Baumwollindustrie auf diesen Märkten immer mehr erstärke.
5. Die Zölle schützen uns auch nicht vor Exportationen, wie sie z. B. die österreichischen Spinner 1897 ins Werk gesetzt hätten. Ferner wurde in der Reichstagskommission behauptet, die deutsche Baumwollspinnerei bedürfe wegen ihrer Prosperität der von der Regierung vorgeschlagenen Zölle nicht. Schließlich wurde auch 7. das

Sinken der Baumwollpreise für die Herabsetzung der Garnzölle geltend gemacht.

Der 1902 nach beispiellos heftigen parlamentarischen Kämpfen angenommene Zolltarifentwurf trägt den hier vorgebrachten Bedenken und Einwänden Rechnung. Die Zölle für Grobgarne sind herabgesetzt, die für feinere Nummern beibehalten. Alle übrigen Artikel der Baumwollindustrie, mit Ausnahme der Strumpf- und Wirkwarenartikel, sind in ihrer Zollbelastung bedeutend erhöht oder in ihrer alten Höhe belassen worden.

Der Zolltarif von 1902 hat in weiten Kreisen der Spinner lebhaften Unwillen, in denen der Weber Zufriedenheit ausgelöst. So gestand ein Vertreter der Weberei gleich nach der zweiten Lesung des Entwurfes:

„Es gibt wenig Industrien, die mit dem Ausgang der zollpolitischen Arbeiten derart in ihren berechtigten Ansprüchen zufrieden gestellt wären, wie gerade die Baumwollgarnerverbraucher.“

Aber auch die Spinner haben im allgemeinen keine berechtigte Ursache, zu klagen. Die Spinnerei hat sich in Deutschland im letzten Jahrzehnt sehr gut entwickelt und im allgemeinen gute Prozedente abgeworfen — dank des deutschen Zollschutzes.

Wie ein roter Faden zieht sich also durch die ganze Geschichte der Zölle in der Baumwollindustrie der Streit zwischen Webereien und Spinnereien um den Garnzoll. Er ist ja auch heute noch nicht zur Ruhe gekommen, wird sich vielmehr in den nächsten Jahren bei der Vorbereitung und Beratung des neuen Zolltarifs wieder lebhaft bemerkbar machen, wenn auch nicht in der früheren Heftigkeit. So lange die deutsche Spinnerei nicht ebenbürtig mit ihrer Konkurrenz und die heimische Weberei auf den Bezug ausländischer — hier namentlich englischer — Garne angewiesen ist, verteuert eine Zollbelastung auf Garne den deutschen Webereien die Produktion. In welchem Maße das geschieht, ist eine sehr schwer zu lösende Frage. Zu behaupten, daß das exportierende Ausland den ganzen Zoll trüge, wäre ebenso falsch wie die Rede, daß einführendes Ausland müsse ihn unter allen Umständen ganz tragen. Tatsächlich kann die Belastung irgend eines Artikels durch Zoll gänzlich oder teilweise aufgehoben werden durch Maßnahmen und Einrichtungen im Lande. Vervollkommnung des Eisenbahnwesens, Verbilligung der Frachten, des Post- und Bankwesens usw., Mäßigkeit in der Besteuerung solcher Industrien, sind solche Mittel, die die event. belastende Wirkung eines Zolles gänzlich oder teilweise beseitigen. Die Frage, inwieweit unsere deutsche Weberei durch den Garnzoll gegenüber der Konkurrenz ins Hintertreffen gebracht wurde und durch eine weitere Erhöhung der Garnzölle noch gebracht würde, möchten wir heute nicht beantworten.

Sozialpolitische Taten und Aufgaben des Reichstags.

Am 17. Oktober ist der Reichstag zu einem kurzen Sessionsabschnitt zusammengetreten, um noch einige wichtige gesetzgeberische Aufgaben zu erledigen. Damit ist wieder eine Legislaturperiode abgelaufen. Im Januar muß ein neuer Reichstag gewählt werden. In der „Sozialen Praxis“ widmet der bekannte Sozialpolitiker Professor Franke diesem Reichstage bezgl. seiner sozialpolitischen Arbeit einen Artikel, den wir für wichtig genug halten, hier ganz wiederzugeben:

Der im Januar 1907 gewählte Reichstag tritt in den letzten Abschnitt seiner Lebenszeit. Aus härmlichen Wahlen geboren, schweren politischen Erschütterungen in seinem Verlauf ausgesetzt, hat er gleichwohl ein sozialreformerisches Aktium in seiner Geschäftsbilanz aufzuweisen, das seinem Vorgänger trotz aller Vorarbeiten, Mühen und Anstrengungen nicht beschieden war. Auf die an Arbeit und Verheißungen reiche, an Taten recht unfruchtbare 11. Gesetzgebungsperiode ist ein Jahrmarkt gefolgt, das

eine Reihe sozialpolitischer Früchte

geriebt hat. Der Zeit nach steht an erster Stelle das Reichsvereinsgesetz vom 15. Mai 1908; trotz aller Mängel und Unklarheiten seiner Fassung und ungeachtet aller zeitlichen Mißgriffe seiner Handhabung erblickt es auch heute noch in ihm einen großen Fortschritt: es schafft einseitiges nationales Recht, bringt den Frauen

die volle Gleichberechtigung, gewährt Vereinen und Versammlungen eine größere Freiheit, Beweglichkeit und Sicherheit. Ihm ist noch im selben Jahre die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 gefolgt, die den Jahnstundentag für Frauen, die einkündige Mindestruhezeit für Frauen und Jugendliche, den Ausschluß der Frauenarbeit von einigen ungeeigneten Beschäftigungen, die verlängerte Wöchnerinnenruhe gebracht hat. Am 1. April 1909 trat dann die Bundesratsverordnung für die Grobisenindustrie in Kraft, die, freilich mit unzulänglichen Mitteln, eine Verminderung der Ueberarbeit und die Sicherung einer Mindestruhezeit anstrebt. Der grundsätzliche höchst bedeutsame Versuch des Reiches vom Mai 1910 will die Arbeiter im Kalibergbau gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schützen. Das am 1. Oktober 1910 in Kraft getretene Stellenvermittlungsgesetz räumt mit manchem Mißbrauch im privaten Vermittlungsgewerbe auf und übt eine dem Gemeinwohl nützliche Kontrolle gegenüber den Arbeitgebernachweisen aus.

Den Abschluß dieser Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialreform bildet vorläufig

das monumentale Werk der Reichsversicherungsordnung.

Es war begreiflich, daß gerade diejenigen, welche die größten Hoffnungen auf eine wirkliche, gründliche Um- und Fortbildung der Sozialversicherung gesetzt hatten, dem vollendeten Gesetz gegenüber nur die Lücken und Fehler sahen und laut ihre Enttäuschung klagten. Auch heute noch können wir es nur schwer verwinden, daß Reichstag und Regierung die Gelegenheit veräumt haben, die Organisation der Verwaltung einheitlicher, das Krankenversicherungswesen geschlossener, die Landkassentassen leistungsfähiger und den Mutter- und Säuglingschutz wirksamer zu gestalten, von anderen Forderungen ganz zu schweigen. Aber das macht uns wahrlich nicht blind für die Vorzüge und Fortschritte des Gesetzes:

Die Ausdehnung der zwangsweisen Krankenversicherung auf ländliche Arbeiter, Diensthöten, Hausarbeiter, Unständige; die Erhöhung der Versicherungsrente für Angestellte auf 2500 M.; die Erweiterung der Krankenfürsorge durch die Säugung; die Verbesserungen in der Unfallversicherung, insbesondere die Ausdehnung des versicherungspflichtigen Kreises, die Erhöhung der Einkommensgrenze für Betriebsbeamte, die Berücksichtigung eines höheren Jahresverdienstes bei der Rentenbemessung, die Befugnis des Bundesrats, auch Gewerkekrankheiten versicherungspflichtig zu machen. In der Invalidenversicherung ist vor allem die Einführung der Kinderrente zu nennen, die die Not dort lindert, wo sie am schärfsten auftritt, in kinderreichen Familien; endlich die Einführung der Hinterbliebenenversicherung, die Witwen und Waisen wenigstens in beschränktem Umfang eine bescheidene Hilfe gewährt. Eine Art von einheitlichem Unterbau, ein kleinerer Aufbau der Instanzen, die Entlastung des Reichsversicherungsamts erleichtern und beschleunigen hoffentlich den Gang des großen Werkes.

Wir hoffen und glauben, daß die 20—25 Millionen Versicherten die guten Wirkungen der Reform am eigenen Leibe spüren und daß alle zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung berufenen Kräfte sich bemühen werden, möglichst viel Nutzen aus ihr für die Versicherten herauszuarbeiten.

Die Mühe und Not, ein solches Kleinwerk gesetzgeberisch durch alle parlamentarischen Klippen und Parteilagen in den Häfen zu führen, haben

andere sozialpolitische Aufgaben

im Reichstag einstweilen in den Hintergrund gedrängt, obwohl die Vorbereitungen für sie zum Teil weit zurückreichen. So blüht das Arbeitskammergesetz, wenn es auch erst Ende 1908 an den Reichstag gelangt ist, jetzt auf eine 35-jährige Geschichte zurück. Der Reichstag hat nach mancher Verschiebung und Vertagung den Entwurf im Herbst 1910 in zweiter Lesung fertiggestellt, er steht jetzt vor der endgültigen Entscheidung, und diese hängt von der Zustimmung der Regierungen zu dem Mehrheitsbeschluß des Reichstags ab, daß die Beamten der Berufsvereine, insbesondere die Arbeitersekretäre, in den Kammern mitwirken. Auch das Hausarbeitsgesetz ist nach wiederholten Aufzügen endlich soweit gediehen, daß es in der Form der Kommissionsbeschlüsse zur zweiten und dritten Lesung im Plenum kommt; vor allem gibt hier die Einflußnahme auf die Lohnregulierung den Ausschlag für die wirkliche Bedeutung des Gesetzes. Einmütig hat früher die Kommission des Reichstags der nach anderer Ansicht wichtigsten Bestimmung der Novelle zur Gewerbeordnung, der Ausdehnung der ordnungsgemäßen Pflichtfortbildungsschule für gewerbliche Arbeiterinnen von 14—16 Jahren, die Genehmigung gegeben; ihre halbige Annahme im Plenum ist doppelt wünschenswert nach dem Scheitern der preussischen Fortbildungsschulvorlage. Auch das Hilfsklassengesetz erscheint wieder auf der Bildfläche. Endlich liegt dem Reichstag der Entwurf für die Angestellten-Versicherung vor; er ist gesetzgeberisches Neuland, wird sich einer gründlichen Ausschussberatung unterziehen müssen und erfährt in der öffentlichen Meinung alle Signale, von freudigster Zustimmung bis zur entschlossenen Ablehnung, während er im Reichstag unter allen Parteien sehr zahlreiche Anhänger hat. So harzt also noch eine Fülle sozialpolitischer Aufgaben der Fertigstellung, und man wird hier und da einen Zweifel nicht überdrücken können, ob die knapp bemessene und

reichlich von anderen Arbeiten belegte Zeit des Parlaments ausreichen wird, all diese Gesetzentwürfe zu bewältigen.

Vor einiger Zeit hat ein großes süddeutsches Blatt, das in sozialpolitischen Dingen von zuverlässigem Eifer befeelt ist, der „Sozialen Praxis“ und ihren Freunden zum Vorwurf gemacht, wir legten viel zu großen Wert auf das Klappern der Gesetzgebungsmühle: wenn nur ein beträchtlicher Haufen von Paragraphen heringebracht sei, meinten wir, alles sei aufs beste geordnet. Mit diesem Vorwurf tut man uns doch Unrecht. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkte, daß in erster Linie die Selbsthilfe der Arbeitgeber und der Arbeiter anzurufen ist. Deshalb stellen wir die

Sicherung des Koalitionsrechts

obenan, fordern die Organisation der Parteien des Arbeitsvertrags und ihre Gleichberechtigung bei seinem Abschluß, verlangen, daß der Weg der Verhandlungen und Verträge von Hindernissen befreit werde. Aber die ganze Geschichte des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zeigt, daß in zahlreichen Fällen die Selbsthilfe versagt und der gesetzliche Zwang eingreifen muß, um ernste, das Volkwohl und die Volkskraft schädigende Mißstände zu beseitigen. Dies trifft auch auf die gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Vorlagen zu. Gewiß, je weiter die Bewegung für Arbeitsverträge unter Arbeitgebern und Arbeitern fortschreitet, desto weniger Bedeutung kommt den Arbeitskammern zu. Vor 20—30 Jahren hätte ihre Errichtung vielleicht die ganze soziale Entwicklung in andere Bahnen lenken können. Das hat man verpaßt, und erfreulicherweise ist die freie Initiative der Beteiligten vielfach auch ohne dieses Hilfsmittel weiter gekommen. Aber auch heute noch können die Arbeitskammern, richtig ausgestaltet, sehr erhebliche Dienste tun in solchen Industrien, wo bei dem herrschenden Willen der Arbeitgeber und der schwachen Organisation der Arbeiter bis jetzt Verhandlungen und Verträge ausgeschlossen sind. Im Kohlenbergbau, in der Grobisenindustrie, in den Textilgewerken und der Hausindustrie würden Arbeitskammern Arbeitgeber und Arbeiter wenigstens zusammenführen und an gemeinsame Beratungen gewöhnen. Und nicht anders steht es mit dem Hausarbeitsgesetz. Alle Regelung der Heimarbeit, so notwendig sie des Gemeinwohls wegen ist, wird für die ärmsten der Arbeiter selbst keinen Fortschritt bringen, wenn sie nicht Lohnaufbesserungen herbeiführt. Und diese sind nur mit sanfter Nachhilfe des Gesetzes zu erreichen; den Heimarbeitern allein fehlen die Kräfte, sich selbst aus ihrem Elend herauszuarbeiten. Daß auch die Versicherung der Angestellten ohne einen Zwang ebenso wenig zu erreichen ist wie die der Arbeiter, wird ernstlich niemandem bestritten; fraglich ist nur die Form, die diesem Zwang gegeben werden soll. In der Fortbildungsschulfrage ist es kaum anders — auch hier ist ohne Hilfe des Zwanges der Reiz des Weges, der uns noch vom Ziele trennt, nicht zurückzulegen. So ist es wahrlich nicht die Freude an einer öden Paragraphenschusterei, die uns für die sozialpolitischen Gesetze einnimmt, sondern die Ueberzeugung, daß sie sachlichen Notwendigkeiten entsprechen, weil die freie Selbsthilfe allein diese Gebiete nicht beherrschen kann.

Die meisten der dem jetzigen Reichstag an seinem Lebensende gestellten Aufgaben sind, wie schon bemerkt, seit langen Jahren so häufig und so gründlich durchgearbeitet, daß die Entscheidung in sehr kurzer Zeit fallen kann. Nur die Angestelltenversicherung bedarf einer längeren Vorbereitung. Aber gerade bei diesem Gesetzentwurf legen Regierung und Reichstag großen Wert auf seine Verabschiedung. Sollte trotzdem die schnittrife Ernte nicht in die Scheuern gebracht werden aus irgend welchen Gründen, die wir zurzeit nicht voraussehen können — so würden wir das zwar sehr bedauern, aber wir würden darin noch

keinstwegs einen „Wendepunkt der Sozialpolitik“

erblicken, wie er gegenwärtig mit verdächtiger Einmütigkeit in verschiedenen Blättern angekündigt wird, die gewohnheitsmäßig zwar Ausnahmegeetze zugunsten der Arbeiter, wie sie sich ausdrücken, verwerfen, Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter aber unermüdet fordern. Wie auf Kommando werden Beschränkung des Koalitionsrechts und Strafverschärfung gegen die Streikenden verlangt, Geschäftsführer von Arbeitgeberverbänden rühmen sich des Einflusses auf Minister und Staatssekretäre, man behauptet, ein Reskript wider die Sozialversicherung oder eine Broschüre über sozialpolitische Belastung der Industrie habe tiefen Eindruck gemacht, die ergaste Wirtschaftsforschung einiger Professoren werfe die gesamten Irrlehren der Kathedersozialisten über den Haufen, die „Komposthülle“ sei voll und übervoll, die bürgerliche Gesellschaft sei es müde, ihre Intereessen der Unerfahrenheit der Unternehmer zu opfern, und der Unwille über den Terrorismus der Gewerkschaften gebiete der Sozialreform nun endlich Halt!

Solche oder ähnliche Reden hören wir seit 30 Jahren regelmäßig von Zeit zu Zeit. Und sie haben mit ihren Weisungen niemals Recht behalten. Gewiß, es gibt Jahre der Ruhe und Vorbereitung, auf die dann wieder Jahre des Handelns und Fortschreitens folgen. Nach den großen Taten der Versicherung und des Arbeiterschutzes von 1884—1893 trat eine Pause ein, in der fogar rückläufige Bestrebungen die Oberhand zu gewinnen schienen; aber dann wehte schon Ende der 1890er Jahre wieder ein frischerer Wind, der

verschiedene Novellen zu den Versicherungsgesetzen, das Ständeschutzgesetz, die Regelung der Arbeitszeit in offenen Läden, die Seemannsordnung, die Kaufmannsgerichte u. a. brachte. Abermals kam hierauf eine Zeit der Sammlung und Vorbereitung, die dann, wie eingangs bemerkt, wiederum von einer Periode der Aktion abgelöst worden ist.

Und neben dieser gesetzgeberischen Tätigkeit laufen in breitem, machtvollstem Strom die Entwicklung der freien Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Erstarkung und Ausbreitung ihrer Verbände, ihre Kämpfe und ihre Friedensschlüsse. Mehr und mehr werden die Gemeinden auf die Bahnen einer gesunden Sozialpolitik geführt. So mächtig die Gegner sein mögen, die Sozialreform vermögen sie vielleicht hier und da zu hemmen, aber um ihr den Garau zu machen, sind ihre Hände zu schwach. Graf Posadowsky hat ganz recht, wenn er in den letzten Monaten wiederholt betonte, man könne ebensowenig die Sozialpolitik bei Seite schieben wie die Handels- und Gewerbepolitik. Immer neue Forderungen bringt die Entwicklung an den Tag, und ihnen zu gehorchen ist eine Staatsnotwendigkeit. Voll Vertrauen sehen wir der letzten Tagung dieses Reichstags entgegen, und sollten selbst in ihr sich nicht alle unsere Erwartungen erfüllen, so werden wir doch ungebrochenen Mutes die Arbeit fortsetzen, erfüllt von der Ueberzeugung, daß die Zukunft nicht der sozialen Reaktion, sondern der sozialen Reform gehört.

Anarcho-Sozialisten.

In voriger Nummer unseres Organs haben wir die grundsätzlichen Bestrebungen der Lokalistinnen dargelegt. Dieselben sind mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie eng verwandt. Ein wesentlicher Unterschied im Endziel der beiden Richtungen besteht nicht. Beide sind Gegner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Beide erstreben die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nur über den Weg zum Ziele sind sich die beiden „Brüder“ nicht einig.

Betrachten wir die Mittel, die die Lokalistinnen zur Erreichung ihrer Ziele in Anwendung bringen. Sie legen, wie bereits erwähnt, das Hauptgewicht auf die Erringung der wirtschaftlichen Macht. In Konsequenz dessen verwerfen sie jede parlamentarische Betätigung und damit auch jede Beteiligung an den Wahlen. Die Lokalistinnen sehen in der Regierung nur den Ausschuß der Besitzenden, der Kapitalistenklasse, von dem nicht die geringsten Zugeständnisse zu erwarten seien. Unsere Sozialgesetzgebung, vor allem die Arbeiterversicherung, ist ihnen Numbung, Schwindel, geschaffen, um die Arbeiter zu betören. Die politisch parlamentarische Arbeit zerplittere ohne Erfolg die Kräfte der Arbeiter und führe zur Harmonieillusion. Sie verzögere nur die soziale Revolution und damit die Bewirkung des Endzweckes. Die Lokalistinnen betätigen sich trotzdem auch politisch, aber:

„Politik heißt bei uns also nicht: wählen, wählen, nochmals wählen und im Parlament schwächen, sondern Politik heißt, durch die Gewerkschaftsbewegung zu versuchen, das gesamte Gesellschaftsleben zu erschüttern, — einen Umsturz der gesamten heutigen Ordnung herbeizuführen und damit die Gewerkschaftsbewegung zu einem überflüssigen Faktor als Kampforganisation zu gestalten, sie demnächst nur als Träger der Produktion und Distribution anzusehen.“ („Die Einigkeit“ Nr. 25/1911.)

Genau so ablehnend wie der parlamentarischen Betätigung, stehen die Lokalistinnen der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse gegenüber, denn „die Tarifgemeinschaften sind im Grunde nichts anderes, als das Prinzip des Parlamentarismus auf Gewerkschaftliche übertragen“. Diese Ansicht, die wir der „Einigkeit“ (Nr. 2/1909) entnommen haben, ist an sich richtig. Genau so wie jedes Gesch. so ist auch der Tarifvertrag ein Kompromiß, bei dem beide Teile nachgeben müssen. Diese Tarifvertragspolitik, dieses „Festsitzen um Nennig“, diese Ausnutzung eines jeden Mauerwerkbruchs führt zu einem, wenn auch nur schrittweisen, so doch stetigen Aufstieg der Arbeiterklasse. Sie bedeutet auch ein Faktieren mit dem Unternehmertum und Gewerbes bei. Die Tarifvertragspolitik steht somit in direktem Gegensatz zu den klassenkämpferischen und revolutionären Ideen der Sozialdemokratie und der Lokalistinnen. Die letzteren als die konsequenteren Lehnen darum jede tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ab, weil diese zu einer Verwässerung des Klassenkampfes und der revolutionären Ideen führt. Den Lokalistinnen ist praktische Gegenwartsarbeitsarbeit nichts, das Endziel alles. Tarifverträge sind für sie „Sklavketten“, den „Profitmachern“ ein „sicheres Mittel, ihre Ausbeutung ohne jede Störung betreiben zu können“.

Die Mittel, die die Lokalistinnen zur Durchführung ihrer Bestrebungen propagieren und dort, wo sie die Macht dazu besitzen, auch in Anwendung bringen, tragen denn auch alle ein revolutionäres Gepräge. Sie sind darauf berechnet, unser Wirtschaftsleben zu erschüttern und die soziale Revolution vorzubereiten.

Das Allheilmittel zur Erringung der wirtschaftlichen Macht erblicken die Lokalistinnen im Solidaritäts- und Generalstreik und in der direkten Aktion. Durch den Generalstreik und die direkte Aktion zur sozialen Revolution, so lautet ihr Feldgeschrei. Wenn also die Arbeiter eines Berufes in Streik treten, sollen jene anderer Berufe, wenn nötig, dieselben durch den Solidaritätsstreik unterstützen. Eventuell soll zur Durchführung wichtiger Forderungen der Generalstreik proklamiert werden. Die lokalistischen Schwärmer stellen sich die Sache juchend leicht vor.

„Ein Generalstreik“, so schreibt die „Einigkeit“, das Organ der Lokalistinnen, in Nr. 21/1909, „kann nur von mehrtägiger Dauer sein und wird dann von den herrschenden Klassen selbst aufgehoben werden müssen, indem dieselben den Forderungen des Proletariats willfahren... Die Verwirrung, die inneren Zerwürfnisse zwischen den bürgerlichen Gruppen und jenen des Staates, die unersetzlich sich häufenden Verluste, die mit jedem Tage offenkundiger werdende Desorganisation der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates — hungernde Soldaten, Polizisten, Gendarmen zielen schlecht! — sie alle drängen darnach, dem Kampf ein Ende zu machen: die Bourgeoisie kapituliert, der Achtstundentag ist durchgeführt, errungen.“

Wie einfach! Nur schade, daß sich die Dinge in der Wirklichkeit doch etwas anders abspielen, wie in den Köpfen dieser revolutionären Phantasten. Man blicke nur nach Frankreich. Was haben dort die Syndikalisten mit ihren Generalstreiks erreicht? Niederlage auf Niederlage. Hunderte von Gemäßigten blieben in der Regel auf der Strecke. Kein Wunder, wenn man darum selbst in sozialdemokratischen Kreisen das geflügelte Wort geprägt hat: Generalstreik ist Generalunfuss.

Eine Farce ist auch das Mittel der direkten Aktion. Wir erinnern uns, daß vor einigen Jahren französische Syndikalisten beschlossen, mittels der direkten Aktion den Achtstundentag durchzuführen. Es sollte von einem bestimmten Zeitpunkt ab einfach nur noch acht Stunden gearbeitet werden. Alle Welt war gespannt auf die Wirkung dieser weltvergebenden Tat. Sie bestand in einem geradezu jämmerlichen Mißerfolg.

Nicht viel vernünftiger sind die weiteren Kampfmittel der Lokalistinnen: die Sabotage und die passive Resistenz. Erstere besteht darin, daß für schlechte Bezahlung einfach schlechte Ware geliefert werden soll, letztere in der wörtlich genauen Befolgung der Instruktionen, wodurch unter Umständen eine wesentliche Verzögerung der Arbeit herbeigeführt wird. Die passive Resistenz wurde speziell von den Eisenbahnern einzelner Länder schon angewandt, ebenfalls mit wenig Erfolg. Uebrigens, direkte Aktion, Sabotage und passive Resistenz würden bei uns naturgemäß zur Aussperrung und diese nach den Theorien der Lokalistinnen konsequenterweise zum Generalstreik führen. Der Erfolg wäre schließlich eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit und eventl. eine Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen. Eine etwaige revolutionäre Erhebung würde im Blute der Arbeiter erstickt werden. Und mit dem Endziel der Lokalistinnen wärs immer noch nichts. Das ist die „herrliche“ Aussicht, die die lokalistischen Theorien der Arbeiterschaft bieten.

Ihres revolutionären fast anarcho-syndikalistischen Charakters wegen ziehen die Lokalistinnen auch die beweglichere lokale Organisationsform der zentralen vor, gewähren sie den Mitgliedern vollständige Aktionsfreiheit. Jeder Streik ist ja ein Mittel, die Massen zu revolutionieren, das Zerstückelwerk der Vollenbung näher zu bringen. Ob dabei praktische Erfolge erzielt werden, kommt ja erst in letzter Linie in Betracht. Da kann man den Massen die Entscheidung schon überlassen, umso mehr, als denselben eine bestimmte Streikunterstützung nicht garantiert ist.

Die revolutionären Syndikate besitzen keine so wohlgefüllten Kassen, wie die deutschen (zentralistischen, D. N.) Gewerkschaften. Wenn ein Streik ausbricht, so wird das in der Weise gemacht, wie das früher bei uns (den sozialdemokratischen Organisationen, D. N.) geschah. Für den ersten Moment muß die Lokalistie herhalten, das übrige muß durch Sammlungen aufgebracht werden. Nach dem Betrag, welchen die Sammlungen ergeben, richtet sich die Höhe der Unterstützung. Im übrigen werden in der Regel in den Streikgebieten Volksschulen errichtet, wo die Streikenden gegen geringe Bezahlung Mittagessen erhalten, sobald wenigstens zunächst der knurrende Magen befriedigt ist. Den Arbeitern ist nicht etwa schon im voraus eine sichere Streikunterstützung garantiert, sie sind genötigt, gewissermaßen einen Sprung ins Dunkle zu wagen.“ („Einigkeit“, Nr. 2/1909.)

Angesichts dessen kann man es verstehen, wenn die Lokalistinnen jede Bewegung benutzen, um die Massen zu verheizen und in ein immer radikaleres Fahrwasser hineinzudrängen. Daß hierdurch jeder praktische Erfolg der Bewegungen in Frage gestellt wird, verschlägt bei diesen phantastischen Köpfen wenig, wenn nur der eigentliche Zweck, die Revolutionierung der Massen erreicht wird.

Daß die Lokalistinnen in ihren Organisationen auch Gegner aller Notstandsunterstützungen (Kranken-, Arbeitslosen-, Sterbeunterstützung) sind, ist bei ihren grundsätzlichen Bestrebungen weiter nicht verwunderlich. Sie betrachten diese genau so wie die Leistungen der Sozialversicherung und die Errungenschaften unserer Tarifpolitik als nutzlose Palliativmittelchen, als überflüssige Kräftezerpflünderung. Das ist vom Standpunkt der Lokalistinnen als konsequent gehandelt. Sie sind eine revolutionäre Bewegung, die naturgemäß ihre Hauptstoßkraft auf den Sturz der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung richtet. Wenn, wie die Lokalistinnen glauben, dieses Ziel über kurz oder lang zu erreichen ist, dann haben sie kein Interesse daran, ihre revolutionäre Stoßkraft durch die Einführung derartiger „Palliativmittel“ zu schwächen. Verwunderlich ist nur, daß diese radikale Abneigung jeder Notstandsunterstützung mancherorts sogar solche Kreise der Arbeiter zu beeinflussen beginnt, die den revolutionären Phantastereien der Lokalistinnen sonst scharf ablehnend gegenüberstehen.

Damit hätten wir die lokalistische Bewegung kurz gekennzeichnet. Es bliebe noch übrig zu betonen, daß diese Bewegung unserer religiösen Ueberzeugung genau so feindlich gegenüber steht, wie die Sozialdemokratie. Nur sind auch in der Beziehung die Lokalistinnen offener und ehrlicher. Sie heucheln nicht: Religion ist Privatsache, sondern sie geben offen zu, daß sie der Religion als Todfeind gegenüber stehen. Aus all dem ergibt sich von selbst unsere Stellungnahme gegenüber der lokalistischen Bewegung. Wir bekämpfen sie als unvereinbar mit unserer Weltanschauung und

unserer Auffassung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, als ein durch und durch reaktionäres, dem Arbeiterstand zur größten Gefahr gereichendes phantastisch-revolutionäres Gebilde.

Die Heilbehandlung Tuberkulöser durch die Invalidenversicherung.

Seit Jahren haben die Versicherungsanstalten ein ganz besonderes Gewicht auf die Bekämpfung der gerade in den Kreisen der Arbeiter und des kleinen Bürgertums weit verbreiteten Tuberkulose gelegt. Ihr Hauptmittel im Kampfe gegen die Volkskrankheit ist eine gründliche, wenn nötig wiederholte Behandlung der Kranken in Heilstätten, Krankenhäusern, Bädern, Genußgenheimen, Waldheilstätten usw. Die meisten Versicherungsanstalten haben im Laufe der Jahre eigene Heilstätten errichtet, worin die Kranken mehrere Wochen lang unter Leitung und Anweisung von fachlich tüchtigen Ärzten nach streng wissenschaftlichen Methoden behandelt und gepflegt werden.

Nun ist im Reichsversicherungsamt eine Statistik bearbeitet worden, die die Heilbehandlung der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kassenanstalten in den Jahren 1905 bis 1910 nach den verschiedensten Beziehungen behandelt, und dem Kampfe der Invalidenversicherung gegen die Tuberkulose mehrere Tabellenwerke widmet. Die Statistik hat in erster Linie den Zweck, „den Umfang und die Erfolge der von den einzelnen Versicherungsträgern für Versicherte übernommenen Heilbehandlung eingehend zu veranschaulichen, um dadurch den zu Gebote stehenden, von Jahr zu Jahr wachsenden Beobachtungsstoff nicht allein den Versicherungsträgern selbst, sondern auch weiteren mit der Heilfürsorge betrauten Stellen zugänglich zu machen.“ Dann sollen durch die umfangreichen zahlenmäßigen Darstellungen die hier und da gegen die Behandlung der Tuberkulose in Heilstätten erhobenen Einwürfe widerlegt werden. Für die Arbeiter als die zunächst beteiligten hat die Statistik aber noch einen über diese Gesichtspunkte hinausgehenden Wert.

Die Anzahl der in Heilstätten, Bädern, Genußgenheimen, Kliniken usw. auf Kosten der Versicherungsträger untergebrachten Tuberkulösen ist seit dem Jahre 1905 stetig gestiegen. Es wurden wegen Lungen- und Kehlkopftuberkulose behandelt

	Männer	Frauen	Zusammen
1905	19 085	7 536	26 621
1906	21 959	9 063	31 022
1907	22 258	9 816	32 074
1908	26 437	12 288	38 725
1909	29 277	12 955	42 232
1910	30 595	15 014	45 609

Im Jahre 1910 sind 40,87 auf Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Kehlkopftuberkulose behandelt worden. Von den Tuberkulösen sind 97,63 auf Hundert, von den anderen Kranken 56,38 auf Hundert in „ständige“ Heilbehandlung und 2,37 bzw. 43,62 auf Hundert in „nichtständige“ Heilbehandlung genommen worden. Der im Verhältnis zu allen sonstigen Kranken außerordentlich hohe Prozentsatz von behandelten Tuberkulösen erklärt sich aus der besonders starken Belastung der Versicherungsanstalten mit tuberkulösen Versicherten. Nach einer für die Jahre 1896 bis Ende 1899 im Reichsversicherungsamt bearbeiteten, insgesamt 315 089 Rentenempfänger umfassenden Statistik der Invaliditätsursachen nimmt von 28 verschiedenen Invaliditätsursachen die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Baugewesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei Drittel) an Lungentuberkulose; ebenso ungewöhnlich ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während in den Altern von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 vom Hundert) und in den Altern von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 vom Hundert aller invaliden Frauen aus diesen Berufsgruppen die Invalidität auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen noch mehr als 37 Tuberkulöse auf 100 männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren. Für die Versicherten im Handel und Verkehr stellt sich bei invaliden Männern im Alter von 20 bis 30 Jahren das Verhältnis so, daß mehr als die Hälfte aller Invaliditätsfälle auf Lungentuberkulose beruht, während mindestens der vierte Teil aller 20 bis 30 Jahre alten invaliden Frauen aus häuslichen Diensten tuberkulös ist.

Vergleicht man den Kostenaufwand für die wegen Tuberkulose behandelten Personen mit dem Kostenaufwand für andere Kranke, so ergibt sich, daß für die Heilbehandlung tuberkulöser Personen bedeutend größere Aufwendungen gemacht wurden als für andere Kranke. Während nämlich seit dem Jahre 1897 für 321 24 Personen der erstgenannten Krankheitsgruppe 117 218 047 M. aufgewendet wurden, entfielen auf die 411 202 behandelten anderen Kranken nur 60 514 259 M. Absolut genommen sind die Aufwendungen für Tuberkulöse also beinahe doppelt so hoch als für andere Kranke; sie übersteigen aber bei weitem den doppelten Betrag, wenn man die größere Zahl der behandelten anderen Kranken in Rechnung zieht.

Einen Teil der Heilbehandlungskosten haben allerdings Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. erstattet. Diese Erstattungen haben im Jahre 1910 5535 665 M. betragen, so daß von den Trägern

der Invalidenversicherung tatsächlich nur 21057904 M. für Zweite der Heilbehandlung vorausgibt worden sind.

Verteilt man die Kosten der einzelnen Jahre auf Männer und Frauen und auf den Verpflegungstag, so ergibt sich folgendes:

Verpflegungstage	Kostenaufwand pro Person		Kostenaufwand pro Jahr u. Tag	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1905	73	79	24,75	43,18
1906	72	80	17,58	34,06
1907	71	81	16,44	19,46
1908	71	78	21,08	24,36
1909	70	70	24,32	23,33
1910	70	79	57,09	24,43

Im allgemeinen beanspruchen die Frauen also im Vergleich zu den Männern einen minderen Kostensatz für den Verpflegungstag, dagegen im allgemeinen eine erheblich längere Verpflegungsdauer.

Nun zu den Erfolgen der Heilbehandlung Tuberkulöser. Um die festzustellen, werden die mit Erfolg aus der Heilanstalt Entlassenen, soweit sie überhaupt ersichtbar sind, einer sechs-jährigen Beobachtungszeit unterstellt. Mit Hilfe der Gemeinden, Gutsbehörden, Krankenkassen, Kontrollbeamten, Ärzte und Versicherter wird das Schicksal derjenigen Personen, die ein Heilverfahren mit Erfolg durchgemacht haben, zu erörtern versucht. Diese Methode ist ja sehr umständlich und unzuverlässig, aber vor einer andauernden ärztlichen Untersuchung scheuen die Versicherungsanstalten wegen der hohen Kosten zurück.

Als einen Erfolg sehen die Versicherungsanstalten ein Heilverfahren dann an, wenn die Personen in absehbarer Zeit nicht invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes werden, also voraussichtlich in absehbarer Zeit keinen Anspruch auf Invalidenrente erheben können. Von den 27467 im Jahre 1910 in einem ständigen Heilverfahren wegen Tuberkulose — Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose — behandelten Männern wurden 24666 als mit Erfolg im oben angegebenen Sinne entlassen oder auf 100 der überhaupt behandelten 90; bei den Frauen von 13953 behandelten 12689 oder 91 auf 100 behandelt. Das sind sehr schöne Erfolge, die die hierfür aufgewandten Kosten durchaus rechtfertigen.

Auch bezüglich der Dauererfolge liegen die Verhältnisse durchaus nicht ungünstig. Von den im Jahre 1909 wegen Lungen-Tuberkulose in Heilbehandlung genommenen und nachkontrollierten Männern dauerte der Erfolg Ende 1900 noch an bei 83 von 100, bei den Frauen waren es 86 von 100 Personen. Von den im Jahre 1907 behandelten und nachkontrollierten Personen waren noch erwerbsfähig von 100

Ende 1908	Ende 1910
Männer 80	Männer 61
Frauen 83	Frauen 69

Von den im Jahre 1905 mit Erfolg behandelten waren noch erwerbsfähig

Ende 1906	Ende 1908	Ende 1910
Männer 79	Männer 60	Männer 51
Frauen 82	Frauen 67	Frauen 60

Die Statistik ergibt also, daß bei den Männern rund die Hälfte, bei den Frauen aber noch weit über die Hälfte aller mit Erfolg in Heilbehandlung gewesener Personen nach Ablauf von fünf Jahren

noch erwerbsfähig sind. Diese schönen Erfolge rechtfertigen durchaus nicht die Angriffe, denen die Heilbehandlung in den letzten Jahren in steigendem Maße ausgeetzt ist. Ueberhaupt muß man sich entschieden dagegen wenden, daß die Frage der Heilbehandlung so ganz vom Standpunkt der Rentabilität für die Versicherungsanstalten beurteilt wird. Es kommen da doch auch große Interessen der erkrankten Versicherten und ihrer Familien und auch ganz bedeutende öffentliche Dinge für unsere gesamte Volkswirtschaft in Betracht, die doch auch Berücksichtigung erheischen.

Alles in allem regt die Statistik des Reichsversicherungsamtes zu weiteren kräftigen Schritten der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose an. Sie werden bei der Arbeiterchaft und allen sozial denkenden Menschen dabei entschiedene Unterstützung finden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Christliche Arbeiterchaft und Teuerung. Eine zahlreich besuchte Konferenz von christlichen Arbeiterführern hat eine ausgiebige Besprechung der gegenwärtigen Teuerungssrage vorgenommen. Das Resultat dieser Besprechung ergab folgende Gesichtspunkte, die für die Zeit des Notstandes als Vorschläge zur Milderung der Teuerungsverhältnisse in Betracht kommen können:

1. Es sind Maßnahmen zu treffen, um nach Möglichkeit die einheimische Fleischproduktion sicher zu stellen, deshalb die Zufuhr von Futtermitteln für die Landwirtschaft zu erleichtern und nach Kräften zu fördern.

2. Da aller Voraussicht nach infolge der mangelhaften Futterernte und der hohen Kartoffelpreise die Viehzucht und -Mast nicht in dem bisherigen Umfange betrieben werden wird, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Zufuhr ausländischen Fleisches zu fördern, und zwar durch Verjuche mit der Einfuhr von Gefrierfleisch, Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Büchsenfleisch und Harinwurst und durch weitere Deffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr.

Bei diesen Maßnahmen ist Bedacht darauf zu nehmen, daß geeignete sanitäre Maßnahmen zur Anwendung gelangen, um die Konsumenten vor Schädigung der Gesundheit durch krankes und schadhafes Fleisch nach Möglichkeit zu schützen sowie eine Verjuchung des deutschen Viehbestandes zu verhindern.

3. Als Ersatz für den Ausfall der heimischen Gemüseernte ist in Aussicht zu nehmen die Erleichterung und Verbilligung der Einfuhr von Gemüse und solchen Kolonialwarenartikeln, welche als Ersatz für Gemüse gelten können. Weiterhin ist für die Zeit der Teuerung in Erwägung zu ziehen der Weg der Rückvergütung des Zolles an diejenigen Händler und öffentlichen Institutionen, welche es sich zur Aufgabe stellen, ohne Gewinn die unteren Volksklassen mit Lebensmitteln zu versorgen. Das Gleiche soll versucht werden für die Einfuhr von Molkereiprodukten, insbesondere Butter und Käse.

4. Die Gemeindeverwaltungen sollen in Erwägung ziehen, inwiefern durch Fisch- und Gemüsemärkte einerseits ein Ersatzmittel für Fleischnahrung geschaffen und andererseits Preistreiberien des Handels und der Spekulation entgegengewirkt werden kann. Die zum Verkauf

gelangenden Produkte sind ohne Gewinn an die Konsumenten abzugeben.

5. Reich, Staat und Gemeinde sollen in planmäßiger Weise dahin wirken, daß die Rolle, welche der Zwischenhandel bei der Lebensmittelversorgung, insbesondere der Preisbildung, spielt, durch gute Statistiken umfassender und klarer festgestellt wird. Außerdem erscheinen Einrichtungen geboten, welche durch fortlaufende Zählung jederzeit ein zuverlässiges Urteil über den jeweiligen Viehbestand ermöglichen.

Außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins für das Ruhrrevier, um zu den zur Zeit wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, fand am 8. Okt. in Essen statt. Sie beschloß sich eingehend mit der Lohnfrage und der Teuerung. Dazu wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

„Zur Lohnfrage. Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins für das Ruhrgebiet verurteilt mit aller Schärfe das Verhalten vieler Grubenverwaltungen, die in den Betrieben, in denen viele Kohlen gefördert werden, von einem Teil der Arbeiter Ueberhörsichten verfahren lassen, während sie auf der anderen Seite für die Belegschaften Feierschichten einlegen. Durch das genannte Verhalten der Grubenverwaltungen wird der größte Teil der Belegschaften schwer geschädigt und eine außerordentliche Unzufriedenheit erzeugt.

Nicht weniger bedauerlich ist, daß die Grubenverwaltungen des Ruhrreviers ihrem in der Antwort des Bechenverbandes vom Dezember 1910 gegebenen Versprechen, die Löhne steigen zu lassen, in ganz ungenügender Weise nachgekommen sind. Statt die Löhne in ausreichender Weise zu erhöhen, haben die Grubenverwaltungen in erster Linie sich bemüht, die Betriebsergebnisse zu verbessern, ohne auf die herrschende Teuerung und die dadurch hervorgerufene Not ihrer Arbeiter und der davon indirekt abhängigen Kreise die notwendige Rücksicht zu nehmen. Das verdient die schärfste Verurteilung. Gerade der Bergbau, dem die nationalen Bodenschätze ohne Gegenleistung zur Ausbeutung überlassen sind, hat die Pflicht, auf das Wohl der von ihm beschäftigten Arbeiter und der Allgemeinheit eine weitgehende Rücksicht zu nehmen. Statt in Zeiten einer außerordentlichen Notlage in erster Linie an die Erzielung möglichst hoher Dividenden zu denken, sollte das im Bergbau angelegte Kapital gern Opfer bringen, um die herrschende Notlage soweit wie möglich zu beseitigen. Wir hoffen, daß der Bergbau sich seiner Pflicht bald bewußt wird.“

Zur Frage der Teuerung wurde der Vorstand des Gewerksvereins beauftragt, eine begründete Eingabe an die Regierung und den Reichstag zu richten und verschiedene Abhilfemaßregeln zu fordern. Gleichzeitig werden die Mitglieder des Gewerksvereins aufgefordert, in den einzelnen Städten und Gemeinden deren Verwaltungen zu veranlassen, ebenfalls Abwehrmaßnahmen gegen die Teuerung zu treffen. In vielen Orten ist ja schon manches geschehen. Unsere Kameraden sollen sich hierbei möglichst mit den Angehörigen anderer Berufe in Verbindung setzen, um den Aktionen einen größeren Nachdruck zu geben.

Eine andere Resolution betrifft die Knappschäftsfrage, die Einspruch erhebt „gegen den Versuch der Werksbesitzer im Bezirk des Allg. Knappschäftsvereins, durch Kürzung der Knappschäftlichen Witwenrenten und Waisengelder sich schadlos zu halten für die Mehrbelastung, die ihnen durch die am 1. Januar 1912 in Kraft tretende Witwen- und Waisenversicherung entsteht.“

Der deutsche Teppich.

Aus der Denkschrift zur Ausstellung deutscher Teppiche im Hause der Abgeordneten.

Mit gütiger Erlaubnis des Präsidiums der Ausstellung.

Morgenland! — Welchen Zauber birgt dies Wort für uns alle. In der Jugend sind es seine Märchen aus Lausend und eine Nacht, im gereiften Alter der Glanz und die Pracht seiner Vergangenheit, die uns gefangen nehmen. In vier Jahrhunderten wandte es die mächtigen Wellen der Kultur und Kunst nach Westen, die, in Deutschlands rauhen Wäldern verlaufend, den Boden nach und nach bereiteten für seine heutigen den Orient als Mutter aller Kultur und Kunst hoch übertragenden Kinder und Erben.

Genau ehrwürdiger als wir den Erzählungen der Niesenbandenentwiler des Orients, selbst in ihrem unauffälligen Verfall noch lauschen, ebenso entzückt sehen wir vor seiner Erzeugnisse des Hausfleißes, von denen die schönste und herrlichste seine Teppiche sind.

Teppichartige Erzeugnisse sind neben den Geweben für Bekleidungszwecke die ersten Leistungen menschlicher Kunstfertigkeit. Die frühesten Spuren solcher teppichartiger Gewebe oder Geflechte verlieren sich in grauen Altertum. Die Ursprünge des sich später zu so wunderbarer Prachtentwicklung entwickelnden Orientteppichs findet man bei den ägyptischen Göttern und Nomadenbildern. In jenen Zeiten bildete das schützende Zelt den Sammelplatz des Familienlebens und wurde zum Gegenstand häuslichen Kunstfleißes. Man bedeckte Rände, Fußboden und Eingänge mit lauwoll gestrickten, gewirkten oder geknüpften Behängen von großer Farbenpracht.

Mit der eintretenden Sesshaftigkeit der Völkernamme ging diese Ausstattungsweise in die festen Wohnungen, Zempel und Kirchen über, und die Teppiche gelangten zu immer kunsthöherer Entwicklung, bis diese im 17. bis 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte. Zahlreiche Stüde aus jener und früherer Zeit, welche als unerschöpfliche Kunstschätze noch heute unsere Museen und Bibliotheken zieren, legen bereits Zeugnis ab von der außerordentlichen Prachtentfaltung und hochentwickelten Kunstfertigkeit des Morgenlandes.

In Europa sind es die Heldenabenteuer der vorgefährlichen nordischen Völker, welche die erste Kunde bringen von Webgeweben, die von germanischen Frauen zur Verherrlichung ihrer Götter und Helden in mühsamer Nadel- und Narkarbeit geschaffen wurden. Andere geschichtliche Nachweise über die Herstellung gewirkter oder geknüpfter Wandteppiche in den europäischen Ländern reichen bis ins frühe Mittelalter zurück.

Die weitaus meisten aller jener Kunstwerke, welche man kurzweg „Teppiche“ bezeichnet, sind Werke von Frauenhand.

Auch die Wandbehänge des Mittelalters, welche die Kammern oder den Rittersaal schmückten oder die Chorgerüste in Kirchen und Kapellen beledeten, waren Nadelarbeiten oder Gewebe, von Burgfrauen und Nonnen verfertigt. Ueberall, wo solche Kunstwerke entstanden, hat sich ein eigener zauberhafter Nimbus mit hineinverweben; fromme Gelübde, Sprüche aus der heiligen Schrift wurden in kunstvoller Weise eingestrichen; ritterliche Taten aus den Kreuzzügen, Begebenheiten aus der biblischen Geschichte und aus dem Familienleben, (Stammbaum, Lebensbaum) boten reichen Stoff für das Bild des Gewebes. Jeder Teppich hatte sozusagen seine eigene Geschichte und vererbte sich, als Familienkleinod hochgehalten, von Familie zu Familie, durch viele Menschenalter hindurch.

Oben so wie im Orient, wo edliche Teppiche und Satteldeden den Hauptwert der Mühsit bildeten, welche die orientalischen Schönen ihren kunstigen Herrn und Gebieter einzubringen gedachten, spiegelt sich in den Webgeweben des Abendlandes ein beträchtlicher Teil des Gemütslebens ihrer Urheber wider. Die Webgewebe, welche den alten flandrischen und französischen Wandteppichen folgten, nach ihrem Erfinder Gobelin „Gobelins“ benannt, bilden eine besondere Gattung von höchstentwickelter Technik und Kunstfertigkeit. Es war das Verdienst der französischen Könige, diesen edelsten Zweig der Teppichherstellung auf eine so hohe Stufe gebracht zu haben. Diese Gobelins sowie auch die in Beauvais und Paris unter dem Namen Savonneries hergestellten Webgewebe in orientalischer Knüpfart werden heute noch in Frankreich, teils in Staatsmanufakturen, teils in Privatunternehmungen angefertigt, und die heutige Zeit schöpft nach immer aus dem schier unerschöpflichen Vorrat alter Kunst. In Deutschland und in England wurden zeitweise auch solche Gobelins geknüpft; zu einer namhaften Industrie ist es aber nicht gekommen.

Mit dem Wandel der Zeiten und den wachsenden Ansprüchen der Menschen hat der Begriff „Teppiche“ je nach seiner Zweckbestimmung eine engere Begrenzung erfahren. Während man ehemals unter „Lapis“ oder „Tapißerie“ einen gemachten, gewirkten oder geknüpften Stoff verstand, welcher je nach seiner Bestimmung an der Wand, seltener auf dem Fußboden, seinem Zwecke, der Warmhaltung, diente, verstehen wir heute unter „Teppich“ fast ausschließlich einen Fußbodenbelag.

„Teppich“ — Welch eminente Bedeutung hat heute dieses Wort „Teppich“ für die deutsche Industrie und für den deutschen Handel. Welch ungeheurer Summen werden heute angegeben für einen Teppich orientalischer Erzeugung, welche kolossale Quantitäten Teppiche aller Art werden in Deutschland hergestellt!

Wohl hat der alte echte orientalische Teppich längst aufgehört, Handelsgut zu sein, und wie wir Deutschen, so schöpft auch heute der orientalische Teppichfabrikant aus der Kunst vergangener Zeiten; aber es muß anerkannt werden, daß auch heute noch Teppiche aus dem Orient exportiert werden, welche Zeugnis davon ablegen, daß man bemüht bleibt, die Traditionen der Alten hochzuhalten. Solche Teppiche werden immer die Bewunderung und Anerkennung derer finden, welche künstlerische Ausführung in Form, Farbe und Qualität zu schätzen wissen.

Leider aber werden durch die fabrikmäßige Herstellung im Orient Fabrikate erzeugt und in den Handel gebracht, die feineren Anspruch erheben dürfen auf jene alte Kunst; Teppiche, die nicht nur unserer heimischen Industrie, sondern der gesamten Teppichbranche, die orientalische mit eingeschlossen, unermesslichen Schaden zufügen.

Im großen allgemeinen versteht man unter Teppichen ein Knüpfgewebe. Auch der orientalische Teppich ist meist ein durch Handknüpfung erzeugtes Knüpfgewebe, doch gibt es auch orientalische gewirkte Teppiche und Filzteppiche (Kefims, Karamanis usw.). Die Webart orientalischer Knüpfteppiche charakterisiert sich dadurch, daß nach je 2 Schußfäden (quer durch den Teppich laufende Grundgewebefäden) die fortbildenden Fäden derartig eingeschlungen bzw. verknötet sind, daß die Enden der verknöteten Wollfäden die plüschartige Oberfläche des Teppichs bilden.

Nach jeder Reihe verknöteter Wollfäden folgen wieder 2 Schuß der Grundgewebefäden, und so setzt sich die Knüpfung und Webarbeit unausgesetzt fort. Das Muster wird durch Einfärbung verschiedenfarbiger Wollfäden, „Noppen“ oder „Majchen“ genannt, erzeugt. Zahlreiche Variationen in der Stärke und Dichte des Grundgewebes wie auch in der Stärke und Provenienz der zur Verknüpfung gelangenden Wollfäden und schließlich in der Art der angewandten Verknötung ergeben die verschiedenen Arten und Qualitäten der orientalischen Knüpfteppiche.

Es kann nicht wundernehmen, daß, durch die Erfolge der orientalischen Teppichindustrie, der europäische, insbesondere der deutsche Fabrikant angefaßt wurde, ein dem orientalischen Teppich nach jeder Richtung hin gleichartiges Erzeugnis zu schaffen.

Eine aus hervorragenden Künstlern und Gelehrten sowie aus Fachleuten der Färberei- und Teppichbranche gebildete Vereinigung hat in einer langen Reihe von Versuchen festgestellt, daß die heutige Farbenchemie eine große Auswahl von Farbstoffen erzeugt, deren Echtheit und Dauer, bei richtiger Behandlung in Färbeprozess, den bewährten echten Farben der altorientalischen Gewebe zur Seite gestellt werden kann.

Weiter wurde beschlossen, den übrigen Bergarbeiterverbänden zu empfehlen, in dem gleichen Sinne wie der Gewerksverein zu wirken.

Die Erneuerung des Buchdruckerarbeitsvertrages. Nach 14-tägigen Verhandlungen ist die Erneuerung des Buchdruckerarbeitsvertrages für 5 Jahre perfekt geworden.

Table with 3 columns: Age group, Class, and Salary. Rows include 'bis zum Alter von', 'im Alter von mehr als 21', and 'im ersten Gehilfenjahre'.

Für Kost und Logis dürfen 12,50 M. gegen 11,50 M. nach dem alten Tarif in Abzug gebracht werden.

Dazu kommen die Lokalzuschläge nach folgender Regel: In Anlehnung an das Reichsbesoldungsgesetz vom 15. Juni 1909 werden die sämtlichen Druckorte des Deutschen Reiches in fünf Klassen (E-A) eingeteilt.

Table with 2 columns: Class and Percentage. Rows include 'Klasse E bis 2 1/2 Prozent', 'D 7 1/2', 'C 12 1/2', 'B 17 1/2', and 'A 25'.

Die Erfolge sind hinter den Forderungen des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in einigen Punkten weit zurückgeblieben, und es ist wohl anzunehmen, daß eine gründliche Kritik in den Kreisen seiner Mitglieder einsehen wird.

Was die organisatorische Seite der Frage anbetrifft, so ist die vom Gutenbergbund im Einklang mit der gesamten christlichen Arbeiterbewegung vertretene Forderung, daß der Gutenbergbund als gleichberechtigter Vertragskontrahent in die Tarifinstanzen einbezogen und der bisherige ungerechte Zustand, daß eine tariftreue Minderheitsorganisation ausgeschaltet ist, endlich beseitigt würde, nicht vermisslich worden.

Das ist zwar ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, mit dem sich die christliche Arbeiterbewegung jedoch nicht zufrieden geben kann. Sie legt gegen die Intoleranz des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, der sich mit aller Macht gegen die Anerkennung der christlichen Buchdruckerorganisation gestemmt und unerklärlicher Weise von Prinzipalseite nur schwachen Widerstand gefunden hat, mit aller Entschiedenheit Protest ein.

Arbeiter-Kontrollapparate. Eine warme Empfehlung der sogenannten Bundy-Apparate (hergestellt von der Continental Bundy-Gesellschaft G. m. b. H., Zentrale Magdeburg) bringt die Zeitschrift 'Die Textil-Industrie' (Nr. 18/1911).

Die hervorragenden Vorteile der Apparat-Kontrollen sind, daß jeder Arbeiter die Zeit seines Kommens und Gehens, sowie den Beginn und die Beendigung seiner Arbeitszeit selbst markiert.

Es ist gewiß das gute Recht des Arbeitgebers, danach zu streben, die Disziplin in seinem Betriebe zu erhöhen und eine möglichst rationelle Ausnutzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

tigen Grenzen bleibt und nicht zur Schilane wird. Besteres brucht selbstverständlich auch bei der Einführung dieser Bundy-Apparate nicht der Fall zu sein.

Die Abmachungen des christlichen und Hirsch-Dunderschen Metallarbeiterverbandes, bei Lohnbewegungen, sozialen Wahlen usw. zusammenzugehen, sind den sozialdemokratischen Leuten arg an die Nieren gegangen.

Zu dem Zweck sind von dieser dritten Seite gegenseitige Aussprachen angebahnt worden mit dem Ergebnis, daß zwischen Vertretern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Zentralrats der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ein Einverständnis erzielt wurde.

In demselben Sinne äußert sich das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, 'Der Gewerksverein', in seiner Nr. 81 vom 11. Okt. in einer Polemik gegen das 'Correspondenzblatt' der 'freien' Gewerkschaften Deutschlands.

Auch aus der Darstellung des Correspondenzblattes leuchtet der schlecht verhehlte Kerger über das Abkommen heraus. Die Entstellungen und Verdächtigungen haben denn auch bloß den Zweck, die Mitglieder hinwegzutäuschen über den Eindruck, den die getroffenen Abmachungen hervorgerufen haben.

Eine Stadtverwaltung als Gegnerin des Koalitionsrechtes. Wir lesen in der 'Westdeutschen Arbeiterzeitung':

In M.-Glabbach gehört ein Teil der städtischen Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn dem christlichen Verbands der Staats- und Gemeindearbeiter an.

Die Neueingestellten am städtischen Fuhrpark, die die gewünschte Unterschrift leisteten, erhielten eine Lohn-erhöhung, die übrigen nicht.

erfahrenere Angestellte, denen wegen ihrer fachlichen Tüchtigkeit und Pflichttreue Belobigungsbriefchen und Geldprämien zuerkannt worden sind, wurden kurzerhand entlassen, nur weil sie Vertrauensposten in ihrer Organisation einnahmen.

Ueber sämtliche städtischen Betriebe M.-Glabbachs ist aus diesen Gründen seitens der Organisation die Sperre verhängt.

Wie es heißt, soll bei alledem der Herr Oberbürgermeister die treibende Kraft sein. Muß nicht eine derartige Handlungsweise des ersten Beamten einer Stadtverwaltung das Vertrauen zu der Behörde erschüttern?

Arbeitergroßchen — Kapitalistenkulis. Von der scharfmacherischen Arbeitgeberpresse einerseits und der sozialistischen Arbeiterpresse andererseits ist der gewerkschaftliche Kampf und der Kampf um die Arbeiterbewegung überhaubt verrohrt und vergiftet worden.

In welcher bösen Art wird oft noch ganz systematisch gegen die Beamten der Arbeiterbewegung geschürt? Der Arbeiterführer, der Gewerkschaftsangehörige ist nichts weiter als ein Mensch, der sich von Arbeitergroßchen nährt.

Nachdem Calwer dann die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten näher wertet, fährt er fort:

Wie die Verfehlung der Arbeitervertreter zu beurteilen ist, ebenso verfehlt und kurzichtig ist es aber auch, die Vertreter der Arbeitgeberinteressen zu diskreditieren.

Diese Mahnung richtet sich wohl an die sozialdemokratischen Pressorgane und Agitatoren, die ganz in der hier gekennzeichneten Weise gegen die Unternehmer und alles, was nicht mit den Arbeitern hält, vorgehen.

Die christlichen Gewerkschaften dürfen von sich sagen, daß sie den Kampf stets sachlich, ohne unnötige persönliche Beleidigung geführt haben.

Eine zwar knappe, aber treffende Begründung des Streikrechtes gab, wie wir der 'Sozialen Praxis' entnehmen, ein Arbeiter auf die Umfrage einer englischen Wochenschrift über die Frage: 'Warum streiken Sie?'

Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware, und das ist meine Arbeitskraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu ihrem Marktwert

zu verkaufen, und suchte, wie es ja mein kapitalistischer Arbeitgeber auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Ferner trete ich — wiederum in Übereinstimmung mit den Methoden meines Arbeitgebers — einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, festsetzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preis nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, befreit mich mein Arbeitgeber, während er sie ungehindert befolgt und anwendet. Wenn ich meine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den von uns festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhält er diese auch nicht. Ich streike!

Wir als christliche Arbeiter haben dem noch beizufügen, daß die Arbeitskraft des Arbeiters nicht eine gewöhnliche Ware ist, nein, ihr Träger ist ein Mensch, dessen seelisches Empfinden und dessen körperliche Entwicklung und Fähigkeiten von der Art der Verwertung seiner Arbeitskraft wesentlich beeinflusst werden. Desto mehr haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken.

Ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt für Kassenmarder. Eine der abstoßendsten Erscheinungen im Gewerkschaftsleben sind die Kassenmarder, die kurz vor oder während einer Lohnbewegung den Gewerkschaften beitreten, sich so viel wie sie eben erlangen können an Unterstützungen auszahlen lassen und nach Abschluß der Bewegung wieder treulos der Organisation den Rücken kehren. Dieser Ausbeutung der Gewerkschaftskassen suchen alle Organisationen nach Möglichkeit vorzubeugen; die sozialdemokratischen wie die christlichen Gewerkschaften; und mit Recht, im wohlverstandenen Interesse ihrer treuzahlenden, stabilen Mitglieder. Ein häufig angewandtes Vorbeugungsmittel besteht darin, daß den während einer Bewegung beitretenden Mitgliedern die gewährten Unterstützungen als persönliche Darlehen verbucht werden, die sie zurückzahlen müssen, wenn sie in einer bestimmten Frist nach der Bewegung wieder austreten.

Diese Vorsichtsmaßnahme hatte auch der christliche Metallarbeiterverband bei der Edelmetallarbeiterausperrung in Pforzheim, Ende 1910, zur Anwendung gebracht, und als trotzdem eine Anzahl Unterstützungs empfänger kurz nach der Bewegung sich ihren Verpflichtungen entzogen, die ausbezahlten Unterstützungsbeiträge gerichtlich eingeklagt.

Das veranlaßt die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung (Nr. 40, 1911) — wohlgerne ein Gewerkschaftsorgan — den Kassenmardern beizuspringen und den christlichen Metallarbeiterverband in einem halb zwei Spalten füllenden Artikel zu verdächtigen und herunter zu reißen. Das bringt das Organ eines Verbandes fertig, der selbst unter dem Kassenmardertum schwer zu leiden hat; aus purem Haß gegen den christlichen Verband schlägt dieses Gewerkschaftsblatt allen gewerkschaftlichen Erziehungsgrundsätzen ins Gesicht, hält dem traffen Egoismus und gewerkschaftlichen Freiberuhtum die Stange, während es — welche Ironie — in einem vorhergehenden langen Artikel seinen Mitgliedern in beweglichen Tönen mehr Idealismus predigt. Auf diese Glanzleistung einer „konsequenten Erziehungsarbeit“ kann sich das sozialdemokratische Metallarbeiterorgan wirklich etwas einbilden.

Eine haltlose Verdächtigung. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Haupt hatte am 28. April als Zeuge vor Gericht behauptet, die christlichen Gewerkschaften dürften keine Arbeiterinteressen vertreten, weil sie politische Gebilde seien. Noch vor ungefähr vier Monaten hätten sie vom Abgeordneten Wasseremann Geld erhalten. Auf eine offene Anfrage nach den näheren Umständen dieser Geldspende schwieg Herr Haupt und jetzt Leiborgan, die „Hölzer Post“, rund zwei Monate. Auf nachmalige Herausforderung wollte die „Hölzer Post“ mit Vorgängen bei der Nachwahl im Kreise Siegen aus dem Jahre 1909 beweisen, daß Herr Wasseremann 1911 den christlichen Gewerkschaften Geld gab. Um die Sache aber vollständig klar zu stellen, wurde von christlicher Gewerkschaftsseite bei Herrn Wasseremann angefragt, der durch seinen Vertreter folgendes mitteilen ließ: „Im Auftrag des Herrn Wasseremann befreite ich mich, Ihnen unter Bezugnahme auf Ihre Zuschrift vom 18. Juli 1911, mitzuteilen, daß Herr Wasseremann von der Angelegenheit nichts bekannt ist.“

Somit ist auch von dieser Seite bestätigt, daß Herr Haupt vor Gericht die Unwahrheit gesagt hat. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, daß diese Verdächtigung über kurz oder lang in der sozialdemokratischen Agitation, die ohne Vergeßlichkeit der Wahrheit nun einmal nicht auskommt, wieder aufsteigt.

Aus unserer Industrie.

Wie wird die Ernte in ägyptischer Baumwolle?

Dem oben erschienenen Monatsbericht der „Alexandria General Produce Association“ über die ägyptische Baumwollernte entnehmen wir folgendes:

Ober-Ägypten und Fayoum. Die Temperatur war nicht günstig. Es wurde über kalte Nächte mit starkem Tau berichtet. Der Bollwurm erschien in einigen Distrikten. Das erste Pflücken, das jetzt überall im Gange, gibt gute, nur etwas geringere Reinklässe als im Vorjahre. Die Ergebnisse des zweiten Pflückens versprechen zufriedenstellend zu werden, wenn das derzeitige gute Wetter bis zum 15. Oktober anhält.

Unter-Ägypten. Die Temperatur im September ist ziemlich veränderlich gewesen, doch war eine Verbesserung zu Ende des Monats zu verzeichnen. Ferner wurde berichtet, daß zeitweise Nebel beobachtet wurden und daß in einigen Distrikten Bollwürmer ausgebreitet sind. Dieselben haben etwas Schaden angerichtet, aber es ist unmöglich, jetzt abzuschätzen, in welchem Umfange.

Das erste Pflücken begann in einigen Distrikten, aber es wird erst in den ersten vierzehn Tagen des Oktober allgemein werden, mit einer durchschnittlichen Verspätung von 15 bis 20 Tagen. Die Reinklässe sind bis jetzt unbestimmt, aber im Hinblick auf die diesjährige Verspätung ist anzunehmen, daß sie geringer sein werden als im Vorjahre. Was die zweite Pflücke betrifft, so ist zu hoffen, daß sie sehr befriedigend sein wird, wenn die Witterung noch einige Wochen bleiben wird wie jetzt. Ueber die dritte Pflücke ein Urteil abzugeben, ist zurzeit unmöglich im Hinblick auf das kleine bis jetzt gepflückte Quantum. Deshalb ist es auch nicht möglich, eine verlässliche Schätzung über die bisherige Entförmung zu geben.

Aus diesem Bericht kann entnommen werden, daß mit einer Mittelerte von etwa 6 1/2 bis 6 3/4 Millionen Kantars gerechnet werden kann, einem Quantum, das im Verein mit der guten Ernte in See-Island-Baumwolle für die diesjährigen Bedürfnisse der Erde in langstapeligen Baumwollen genügen wird.

Die Ausfuhr deutscher Seidenwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika

nimmt neuerdings eine unerfreuliche Entwicklung. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres wurden Spinnstoffe und Waren aus Seide nur im Werte von 131 590 000 M. aus Deutschland zur Ausfuhr gebracht, gegen 130 500 000 M. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres und 117 240 000 M. in jener des Jahres 1909. Besonders groß sind die Schwierigkeiten, welche sich bei der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika den deutschen Verarbeitern in den Weg stellen. So umfaßte in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres die Ausfuhr deutscher Trikotstoffe und Waren aus Seide dorthin bloß 51 Doppelzentner, gegen 235 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Gleichzeitig fiel unsere Ausfuhr gestrichelter, gewebter und anderer Spitzenstoffe und Spitzen aus Seide von 197 Doppelzentner auf 147 Doppelzentner, von Stickereien auf seidenen Grundstoffen von 71 auf 55 Doppelzentner. Gestiegen ist nur die Ausfuhr seidener Handschuhe, und zwar auf 26 Doppelzentner, gegen 24 Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des Jahres 1910.

Worauf ist nun diese unerfreuliche Erscheinung zurückzuführen? Auf die Zunahme des Wettbewerbs der amerikanischen Hersteller selbst. Diese liefern Seidenhandschuhe und -strümpfe schon zu lächerlich billigen Preisen, so z. B. seidene Herrenstrümpfe — denn auch auf die Herrenwelt hat sich diese unpraktische Mode schon übertragen — zu 2 Doll. das Duzend, so daß also der Händler nur etwa 0,70 M. für das Paar anzulegen braucht!

Unter diesen Umständen gestaltet sich der Absatz amerikanischer Strümpfwaren-Hersteller im Inland selbst so flott, daß sie der Ausfuhr wenig Aufmerksamkeit schenken, obwohl gerade Südamerika ein ausgezeichnetes Absatzgebiet für sie darstellt. Diese wollen aber 500—1000 Duzend Paar Strümpfe der nämlichen Art in einem einzigen Abgang verkaufen, was ihnen in Südamerika eben nicht gelingt. Dort kann man wohl 10—15 Duzend Paar auf einmal verkaufen, womit den Yankee aber nicht gedient ist. Sie überlassen daher dieses Arbeitsfeld großmütig den deutschen Herstellern, die aber, um dort ins Geschäft zu kommen, so langfristige Kredite bewilligen müssen, daß die ihnen dadurch erwachsenden Nachteile und Gefahren den möglichen Nutzen in der Regel übersteigen.

Die Aussichten für die sächsische Leinenindustrie

werden im „Konfektionär“ als durchaus nicht schlecht bezeichnet. Das Geschäft in der sächsischen Leinenindustrie hat sich im Vergleich zum Vormonat schon wesentlich gebessert, wenn es auch im allgemeinen noch zu wünschen übrig läßt. Der Leinenbranche kommt sehr zugute, daß die Preise für Leinengarne vorläufig fest sind. Die Spinner sind, trotzdem die Flachsernte als zufriedenstellend bezeichnet werden kann, nicht in der Lage, ihre Preise erniedrigen zu können. Die Vorräte alten Flachses sind nur gering, und die dafür geforderten Preise werden von den Spinneuren nicht bezahlt, denn sie müßten direkt Geld zulegen. Das Jahr 1911 dürfte speziell für die Spinner kein zu gewinnbringendes sein, sie weisen Aufträge mit langen Lieferfristen ohne weiteres vorläufig zurück.

In den Webereien kommen ja täglich neue Aufträge herein, allein der Umfang derselben ist kleiner als im Vorjahre, es wird gar zu vorzüglich disponiert. Die Vorräte sind nicht bedeutend, und infolgedessen benutzen einige größere Webereien die jetzige Uebergangszeit, ihre Lager etwas zu ergänzen, speziell in Stapelwaren, die dazu einige Wochen später meistens zur sofortigen Lieferung bestellt werden.

Die Aussichten für das Leinengeschäft sind die denkbar günstigsten, denn bei den Großhändlern und Detailhändlern sind nennenswerte Vorräte kaum zu finden. Sehr geliegt in allen Betrieben wird über schlechte Selbsteingänge, die sich jetzt bei dem hohen Diskont doppelt unangenehm fühlbar machen.

Die Lambaner Taschenwebereien erfreuen sich lebhafterer Nachfrage, sowohl für das Inland wie für das Ausland werden größere Umsätze erzielt und dürfte das Geschäft in Rücksicht auf das immer näherrückende Weihnachtsgeschäft an Umfang zunehmen.

Deutsch-kolonialer Baumwollbau.

In der zweiten Oktoberwoche trat in Berlin das Internationale Komitee des Verbandes der Spinn- und Webervereinigungen zusammen. Beim Empfang im Reichs-Kolonialamt hielt der Staatssekretär von Lindemann eine Rede, die sich in ihren Hauptteilen mit den Bestrebungen Deutschlands, in seinen Kolonien Baumwollbau zu bauen, beschäftigte. Wir lassen den betreffenden Teil der Rede des Staatssekretärs hier folgen:

„Hier heute Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen, ist mir eine um so größere Freude, als seit Bestehen Ihrer Vereinigung die Deutsche Kolonialverwaltung Ihre Bestrebungen und Arbeiten mit größtem Interesse verfolgt hat. Einen äußeren Beweis dafür mögen Sie in der vor kurzem von uns herausgegebenen Denkschrift über die Baumwollfrage erblicken, denn darin finden Sie unter anderem auch die Ergebnisse Ihrer früheren Beratungen vermerkt. Aus dieser Denkschrift können Sie ferner ersehen, welche Bedeutung das Kolonialamt der Baumwollfrage und den Maßnahmen zur Bekämpfung der Baumwollnot beimißt und welche Schritte von Seiten der Kolonialverwaltung im Interesse der davon betroffenen Industrie getan werden sollen und zum Teil bereits getan sind.“

Bei den geringen eigenen Erfahrungen auf dem Gebiete der Baumwollkultur haben wir es für notwendig gehalten, den Blick hinauszulenken in ältere Produktionsländer, um die dort gewonnenen Erfahrungen in den Dienst unserer eigenen Kulturarbeit zu stellen. Es gibt eine ganze Reihe grundlegender Maßnahmen, die überall da, wo der Baumwollbau neu eingeführt und mit nachhaltigem Erfolg betrieben werden soll, durchgeführt werden müssen.

Um hierfür nähere Anhaltspunkte zu gewinnen, haben in den letzten Jahren Beamte der Kolonialverwaltung wichtige fremde Produktionsgebiete bereist und dort eingehende Studien über die Technik der Baumwollkultur und das bezügliche Versuchswesen gemacht. Das Ziel dieser Reisen waren unter anderem Ägypten, Rußland, Zentral-Asien und die Südstaaten Nord-Amerikas, welche letztere mein Vorgänger zusammen mit dem landwirtschaftlichen Referenten des Kolonialamts besucht hat, und wo er für den Baumwollbau in unseren Kolonien ungemein schätzbare Material gesammelt hat. Als eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Reisen will ich hier nur anführen, daß festgestellt wurde, daß für die Auswahl der anzubauenden Sorten in jedem einzelnen Produktionsgebiet eigene Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Die Erfüllung der von der Textilindustrie gehegten Wünsche hängt sehr wesentlich gerade von der Durchführung dieser Maßnahmen ab. Hierbei handelt es sich aber um mühselige, kostspielige und langfristige landwirtschaftliche Versuchsarbeiten, die in den deutschen Kolonien ebenso wenig wie in fremdländischen Gebieten privaten Unternehmern und Pflanzern aufgebürdet werden können. Hier muß vielmehr der Staat eintreten und diese Versuchsarbeiten selbst in die Hand nehmen. Wie Ihnen die Baumwolldenkschrift zeigt, habe ich in dieser Richtung ein besonderes Programm aufgestellt, das bei aller Berücksichtigung der in älteren Baumwollgebieten gesammelten Erfahrungen doch auf die eigenartigen Verhältnisse unserer Kolonien zugeschnitten ist. Dieses Programm umfaßt zunächst das spezielle Baumwollversuchswesen und ferner die Einrichtung eines besonderen landwirtschaftlichen Dienstes für Zwecke des Baumwollbaues in den afrikanischen Kolonien. Daß wir inzwischen nicht untätig gewesen sind, bitte ich aus folgenden Angaben zu ersehen.

In Ostafrika befinden sich bereits vier landwirtschaftliche Versuchsstationen, die speziell den Aufgaben der Baumwollkultur dienen, in Tansania. Zwei weitere sollen im nächsten Jahre eingerichtet werden. Außerdem haben mehrere Baumwollbezirke besondere landwirtschaftliche Beamte zugeteilt erhalten. In Kamerun, wo nur die Gebiete des Hinterlandes für die Baumwollkultur in Frage kommen, befinden sich zwei Baumwollversuchsstationen in der Einrichtung. In Togo hat sich die Eingeborenen-Bevölkerung mit für Aeger außer gewöhnlicher Neigung und Betriebsamkeit dieser Kultur angenommen. Aber auch hier bedarf es nachhaltiger Ueberwachung und Unterstützung von Staats wegen. Zurzeit werden daher in diesem kleinen Lande allein drei Versuchsstationen für die genannten Zwecke geschaffen. Nach und nach sollen diese Einrichtungen — dem wachsenden Bedürfnisse entsprechend — in allen drei Kolonien vermehrt werden.

Bei der Wahl der Mittel ist die Ueberzeugung maßgebend gewesen, daß sich nur dann eine wirklich befriedigende Lösung der Baumwollfrage erreichen läßt, wenn in den Kolonien nicht nur quantitative, sondern auch qualitativ hervorragendes Geleistet werden kann. Nur dann kann der heimischen Industrie wirklich gedient werden. Vorläufig haben wir nur bescheidene Ausfuhr von Baumwolle aus den deutschen Kolonien aufzuweisen, aber die Gestaltung der Verhältnisse im letzten Jahre berechtigen mich zu der Hoffnung, daß in Deutsch-Ostafrika und Togo die Produktion im beschleunigtem Tempo zunehmen wird. So vereinigt sich in der von Ihrem Komitee aus wohlverstandenen allgemeinen Zweckmäßigkeitsgründen eingeleiteten und verfolgten Bewegung ein großer internationaler Zweck mit den nationalen Bestrebungen der kolonisierenden Völker.“

Auf die Rede des Staatssekretärs erwiderte Sir Charles Macara, der Vorsitzende der Vereinigung, mit warmen Dankesworten für den Empfang und für die Denkschrift „Die Baumwollfrage“, die den Mitgliedern des Komitees vom Staatssekretär überreicht worden war. Er habe aus der Ansprache des Staatssekretärs mit Freude die großen Fortschritte ersehen, die seit dem letzten Besuche des Komitees in Berlin im Jahre 1906 seitens der deutschen Kolonialverwaltung bezüglich des kolonialen Baumwollbaus erzielt worden seien. Nur

durch ein solches systematisches und methodisches Vorgehen aller Länder könne die große Frage gelöst werden. Er werde dafür Sorge tragen, daß die Ansprache des Staatssekretärs in allen interessierten Ländern verbreitet werde und er warte davon einen neuen kräftigen Impuls für die Bestrebungen des Komitees.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß auch von unserem Verbande der „Baumwollfrage“ stets große Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Erinnerung sei nur an die Petition, die auf Beschluß der Wächener Generalversammlung in dieser Frage an den Reichstag und Bundesrat geschickt worden ist und die auch Erfolg hatte. In der Baumwollfrage gehen Unternehmer- und Arbeiterinteressen zusammen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gest. Beachtung!

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, beim Wegzug eines Mitgliedes nach einer andern Ortsgruppe stets

die genaue Adresse (Straße und Haus-Nr.) der neuen Wohnung

auf der Rückseite der Mitgliedskarte zu vermerken. Bei der Angabe des neuen Wohnortes allein ist der betreffende Ortsgruppenvorstand nicht in der Lage, das zugezogene Mitglied aufzufinden.

Ebenso muß auf der Mitgliedskarte bei der Einfindung an die Zentralstelle die Ortsgruppe vermerkt werden, zu der das Mitglied bisher gehörte.

Mitglieder, welche auf Wanderschaft sind und in einer Ortsgruppe in Arbeit treten, müssen bei ihrer Anmeldung von dem Vorstand der betr. Ortsgruppe zugleich auch bei der Zentralstelle als zugereist angemeldet werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralstelle Düsseldorf,
Kavalleriestr. 22.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

M.-Glabbad.

Bei der Firma Heuter u. Paas, Decken- und Bettuchweberei, haben die Weber wegen Lohnhöhen die Kündigung eingereicht. Verschiedene Verhandlungen, die der Ausschuß und die Verbandsvertreter mit der Firma gepflogen haben, zeitigten ein unbefriedigendes Resultat. Es war deshalb, wollten die Weber eine Aenderung erreichen, kein anderer Weg mehr übrig, als daß sie die Kündigung einreichten.

Sulz (Ober Elß).

Der Streik der Seidenstoffweber bei der Firma Baumann-Aelter ist nach fünfwöchiger Dauer beendet worden. Am 9. Oktober ist die Arbeit wieder bedingungslos aufgenommen worden. Eine Anzahl Arbeiter will die Firma nicht wieder einstellen. In wie weit sie dies zur Ausführung bringt, ist uns zur Zeit nicht genau bekannt.

Der Ausgang dieses Kampfes ist im Interesse der Arbeiterschaft sehr zu bedauern. Unter den obwaltenden Umständen war aber ein solches Resultat vorauszu sehen. Bekanntlich sind die Arbeiter unter Kontraktbruch und ohne daß sie vorher ihre Verbandsleitung hieron benachrichtigten, in Streik getreten. Die sozialdemokratische Verbandsleitung hat aber trotz dieser Umstände diesen Streik gutgeheißen und sämtlichen Organisierten, auch den noch nicht Unterstützungsberechtigten und Neubeitragten, die Streikunterstützung ausbezahlt. Man glaubte, so handeln zu müssen, um die vor etwa vier Monaten ebenfalls durch einen milden Streik gewonnenen Mitglieder (es sollen über 200 sein) besser halten zu können. Und nun hat diese „geniale“ Streikakt der roten Führer wieder einmal ein sehr klägliches Fiasko erlitten. Die Arbeiter aber haben allein den Schaden davon. Wollen sie sich aber in Zukunft vor ähnlichen Niederlagen hüten, so müssen sie sich durch eine Organisation beraten lassen, der es nicht einzig zur Erhaschung eines agitatorischen Erfolges, sondern nur zur wirklichen Förderung ihrer Arbeiterinteressen zu tun ist. Dies ist nur der christliche Textilarbeiterverband.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Hocholt-Gronau.

Die ordentliche Bezirkskonferenz des Bezirks Hocholt-Gronau tagte in diesem Jahre in Coesfeld. Sämtliche Ortsgruppen des Bezirks waren durch 34 Delegierte vertreten. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Sittenich erschienen.

Aus dem Geschäftsbericht sei hier angeführt, daß der Bezirk in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 eine Gesamtmitgliederzunahme von 1896 = 49% zu verzeichnen hat. Die Zunahme der männlichen Mitglieder betrug 1179 oder 40%, die der weiblichen Mitglieder 717 oder 72%. An die Zentralkasse sind in dem angegebenen Zeitraum 58 393,81 M. abgeliefert worden. Den Mitgliedern fließen an Unterstützungen, (Kranken-, Arbeitslosenunterstützungen etc.) ausschließlich Streikunterstützung, 12 826,22 M. wieder zu. In den Ortsgruppenkassen befand sich am 30. Juni d. J. ein Vermögen von 4792,68 M. Von den Bewegungen ist besonders die bei der Firma Kolk u. Co. in Coesfeld zu erwähnen, welche die Ursache bildete zu der großen Aussperrung in der Textilindustrie des Münsterlandes. Die Aussperrung hat besondere Gelegenheit gegeben, das scharfmacherische Vorgehen des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller festzustellen; ferner die unehrliche

Haltnung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Sowohl die Scharfmacher wie der „deutsche“ Verband bemüht sich, den Erfolg der Arbeiter in eine Niederlage umzuschreiben. Auf friedlichem Wege sind ebenfalls manche Verbesserungen erzielt worden; spez. auch in Gronau. Der Geschäftsgang war andauernd ein unbefriedigender. Hoffentlich tritt die schon länger erhoffte Besserung in nicht allzu ferner Zeit ein. U. a. gilt es für die Zukunft, besonderes Gewicht darauf zu legen, daß die vielen „neuen“ Mitglieder der Organisation erhalten bleiben und zu überzeugten Gewerkschaftlern herangebildet werden. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse in manchen Orten recht schwierig.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Sittenich über „Die Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“. Die Delegierten erhielten durch die Ausführungen ein eingehendes Bild von den Verhältnissen in unserem Verband und den daraus resultierenden Pflichten der Mitglieder.

Sowohl dem Jahresbericht wie dem Referat folgte eine lebhafteste Diskussion, in welcher besonders auch die Stärkung der Zentralkasse erörtert wurde. Allgemein war man der Ansicht, daß der Zentralkasse größere Mittel zugeführt werden müßten. Schließlich erfolgte die Annahme folgender Resolution:

„Die Bezirkskonferenz des V. Verbandsbezirks (Hocholt-Gronau), tagend am 10. Sept. 1911 in Coesfeld, ist nach Erörterung der Lage unseres Verbandes, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Zentralkasse einer Stärkung bedarf. Ein geeignetes Mittel hierzu dürfte die Einführung von Lokaltbeiträgen sein, wogegen dann die Zentralkasse aus den prozentualen Anteilen der Ortsgruppen eine Entlastung erfährt.“

Die Delegierten werden in den Ortsgruppen ihr Möglichstes tun, um die Einführung eines Lokaltbeitrages vorzubereiten. Die Konferenz hat zu allen Verbandsmitgliedern des Bezirks das Vertrauen, daß sie mit den Delegierten einsehen und nach besten Kräften an der Führung des Verbandes- und Stärkung der Zentralkasse mitarbeiten.“

Bezirksleiter Dite gab hierauf praktische Winke für die Agitation und Schulung der Mitglieder. Besonders die Agitation unter den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern und die Betriebsagitation wurden erwähnt. Das Versammlungs- und Vortragswesen sei einer Reform bedürftig. Hierzu wurden ebenfalls Mittel und Wege angegeben.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Infolge eines Zusammenstehens einiger unglücklicher Umstände kann dieser Bericht, der uns bereits Mitte September zugeht, erst jetzt veröffentlicht werden. D. R.

Die ordentliche Jahreskonferenz des Bezirks Krefeld.

Am 24. Sept. fand die diesjährige Bezirkskonferenz in der Reichshalle statt. Vertreten waren 29 Ortsgruppen durch 48 Delegierte. Unentschuldig fehlten die Ortsgruppen Dikrah, Leuth und Vork. Den Zentralvorstand vertrat der Kollege Fischer.

Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Reich, die Erschienenen begrüßt hatte und der Verstorbenen gedacht worden war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das Leben im Bezirk war im vergangenen Jahre ein sehr reges, wie folgende Angaben beweisen.

Es fanden statt:	Mitgliederversammlungen	116
„ „ „	Deffentl.-Versammlungen	43
„ „ „	Fabrikversammlungen	398
„ „ „	Vorstandsitzungen	377
„ „ „	Vertrauensmännersitzungen	125
	Zusammen	1059

Da mehrere Ortsgruppen keine Angaben gemacht hatten, ist die Zahl nicht vollständig. Bewegungen gab es im ersten Bezirk 45, inklusive 9 Streiks. Von den Bewegungen resp. Streiks waren 8 erfolglos, die übrigen erfolgreich. Mitglieder waren beteiligt an den Bewegungen 2793, an den Streiks 361. Der Bezirksvorsitzende war beteiligt an 273 Versammlungen, Konferenzen, Vorstandssitzungen und Arbeiterversammlungen. Davon an 35 Tagen außerhalb seines Bezirks.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1910 5815, am 1. Juli 1911 7501, mithin Zuwachs 1686. Die Einnahmen betragen vom 1. Juli 1909 bis 1. Juli 1910 37 132,03 M., vom 1. Juli 1910 bis 1. Juli 1911 118 905,22, mithin mehr 16 773,19. Abgeführt wurden an die Zentralkasse vom 1. Juli 1909 bis 1. Juli 1910 52 701,01 M., vom 1. Juli 1910 bis 1. Juli 1911 67 837,63, mithin mehr 14 136,62. Die Unterstützungen betragen vom 1. Juli 1909 bis 1. Juli 1910 24 533,16 M., vom 1. Juli 1910 bis 1. Juli 1911 30 172,14, mithin mehr 5 638,98. Die Ortskassen enthielten am 1. Juli 1910 6812,64 M., am 1. Juli 1911 6 975,47, mithin mehr 162,83.

Die Delegierten hatten an dem Geschäftsbericht keine Aussetzungen. Nach der Mittagspause erhielt der Kollege Marquardt das Wort zu dem Referat: Wie gewinnen wir neue Mitglieder? An dieses Referat knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, worin die Ausführungen des Referenten noch ergänzt und die Leitung gebeten wurde, Konferenzen einzuberufen, um über die Dinge, die sich am Niederrhein vorbereiten, unsere Mitglieder aufzuklären.

Zu Punkt 3, „Die Situation in unserem Verbande“, referierte Kollege Fischer vom Zentralvorstand. Nachdem über dieses Referat eine ausgiebige Diskussion gepflogen worden war, wurde gegen 11 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Resolution.

Die heutige Bezirkskonferenz ist von der Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der Zentralkasse überzeugt. Sie verspricht im Sinne des Vorschlags des Zentralvorstandes wirken zu wollen.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache gekommen waren, wurde nach einem kurzen Schlusswort des Bezirksvorsitzenden, in dem er die Anwesenden ermunterte, auch ferner mit ganzer Kraft für den Verband zu arbeiten, gegen 8 Uhr abends die Bezirkskonferenz geschlossen.

Die Jahreskonferenz des Bezirks Schlesien tagte am 3. September in Neustadt D.-S.

Vertreten waren die Ortsgruppen Konstadt, Neustadt, Landesbut, Allersdorf durch 16 Delegierte, darunter vier Kolleginnen. Es fehlten die Ortsgruppen Schweidnitz, Kengersdorf. Auch die Mitgliedschaften von Reichenbach und Ziegenhals hatten von einer Vertretung abgesehen. Vom Zentralvorstande war Kollege Heutmann-Düffeldorf anwesend.

Der Bezirksleiter, Kollege Sparenberg-Forst i. L., eröffnete mit einigen Worten der Begrüßung die Konferenz. Dem vom Kollegen Gustav Jungnickel-Neustadt erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Der Geschäftsgang in der Textilindustrie des Bezirks hat sich gegen das Vorjahr fast gar nicht geändert. In den Betrieben, welche bessere Waren herstellen, war der Geschäftsgang allgemein gut. Dagegen waren die Betriebe, welche Stapelartikel herstellen, nur mittelmäßig, ja zum Teil schlecht beschäftigt. Geradezu trostlos sah es mitunter in den Baumwollbuntwebereien aus. In diesen geht man immer mehr und mehr zum Vierfußsystem über, trotz der ohnehin geringen Beschäftigung. Verkürzte Arbeitszeit oder Warten auf Material waren an der Tagesordnung. Nicht viel besser sah es in den Baumwollspinnereien aus. Die Flachsgarnspinnereien waren durchweg gut beschäftigt. Ebenso wie in der Baumwollindustrie wurde auch in der Leinenindustrie sehr über die hohen Rohstoffpreise geklagt. Gestützt auf die im allgemeinen kleinen und kurzfristigen Aufträge wehrten die Unternehmer in diesen Industriezweigen jeden Versuch der Arbeiter, der auf eine Lohn-erhöhung hinielte, energisch ab.

So ist es zu verstehen, wenn bedeutende Lohnbewegungen im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen waren. In Landesbut hatten wir im Vorjahre gemeinsam mit dem „deutschen“ Verband eine Lohnbewegung eingeleitet. Inseferszeit wurde in einer im Frühjahr stattgefundenen Versammlung die Bewegung als zur Zeit aussichtslos für beendet erklärt, während sie beim „deutschen“ Verband jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen ist, da sie keine Zeit auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. In Neustadt D.-S. hatten die Handweber (Heimarbeiter) im Herbst eine Eingabe wegen Lohnhöhung eingereicht. Es fanden zwischen den Firmeninhabern und einer Kommission der Arbeiter Verhandlungen statt, die zu einem kleinen Erfolge für die Arbeiter führten. Es war dies umso erfreulicher, als ein Streik von vornherein nicht in Frage kommen konnte. In Allersdorf wurden im Herbst fünf unserer Kollegen entlassen, angeblich wegen Mangel an Beschäftigung infolge technischer Umänderungen. Die näheren Umstände machten die Entlassung jedoch zu einer Maßregelung. Während des Winters und bis in die neuere Zeit hinein wurden dort Männer verpflichtet, an den Spinnmaschinen Ueberstunden zu machen. Eine Lohnbewegung zugunsten der Arbeiterinnen konnte dort nicht durchgeführt werden, da uns die Betriebsleitung die Lokale abtrieb und so die Abhaltung von Betriebsversammlungen unmöglich machte.

Auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat im vergangenen Jahre keine bedeutende Lohnbewegung geführt. Das Verhältnis zu dieser Organisation muß auf die Dauer noch gespannter werden, weil immer mehr und mehr politische Fragen auch in den Betriebsversammlungen besprochen werden, was natürlich zu Reibereien führt. Die ohnehin nicht starken katholischen Fachabteilungen haben im Berichtsjahre bedeutend an Mitgliedern verloren. Die Veranlassung hierzu gab erstens die Herabsetzung der Unterstützungen und zweitens der Beschluß des vorigen Delegiertentages, daß alle Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, soweit sie Industriearbeiter sind, sich den betreffenden Berufsgruppen anschließen haben. In Allersdorf setzte im Berichtsjahre der Verband erwerbstätiger Frauen und Mädchen ein. Da in diesem Verband schon die Arbeiterinnen mit niedrigen Beiträgen eintreten können und ihnen gleichzeitig die größten Verprechungen gemacht werden, so schwenkten auch eine Anzahl unserer Kolleginnen über. Nachdem allgemach die Erkenntnis aufdämmert, daß die Beiträge in diesem Verbande bedeutend höher sind als in unserem Verbande, wenn die Unterstützungen gleich sein sollen, da flaut auch die Begeisterung ab.

Der Bezirk zählt in 8 Orten 636 Mitglieder. Die Aussichten für die Zukunft sind nicht schlecht. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppen des Bezirks an Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen betrug im Berichtsjahre 9484,70 M. Davon wurden an die Zentralkasse abgeführt 5596,73 M., ausgezahlt an

Krankenunterstützung	1948,48 M.
Arbeitslosenunterstützung	68,10 "
Maßregelungsunterstützung	640,50 "
Reiseunterstützung	86,79 "
Umzugsunterstützung	40,00 "
Sterbegeld	130,00 "
Sonstigem	57,00 "

Der Anteil der Ortsgruppen an den Gesamteinnahmen betrug 1257,98 M. Der Bestand in den Ortsgruppenkassen am 30. Juni 1911 betrug 598,28 M., gegen 561,89 M. am 1. Juli 1910.

Die agitatorische Tätigkeit der Bezirksleitung bestand zunächst in der Vorbereitung und Unterstützung der Agitation in den Ortsgruppen. Der alte Uebelstand, daß außer den Vorstandsmitgliedern fast niemand sich an der Agitation beteiligte, besteht immer noch, namentlich in den kleinen Ortsgruppen. Der Mangel an Mitarbeitern erschwert auch das Eindringen in die Gebiete, wo wir noch nicht vertreten sind. Es wurden namentlich in Mittelwalde, Leobschütz und Saffisch große Anstrengungen gemacht, die aber nicht die aufgewandte Mühe lohnten. Auch in Neurode, Wüstegiersdorf und in letzter Zeit in Langenbielau wurden Verbindungen

angeknüpft. Es machen sich in diesen Orten besonders die Folgen der sozialdemokratischen Erziehung und die der Fachabteilungen bemerkbar.

Nach diesem Bericht folgte eine lebhafte Diskussion ein, die sich namentlich mit der Schilderung der Verhältnisse der Delegierten in ihren Ortsgruppen beschäftigte. Allgemein wurde über sehr große Schwierigkeiten geklagt, die in der Agitation zu überwinden seien, aber auch der entschlossene Wille zu rastloser Weiterarbeit zum Ausdruck gebracht.

Am Nachmittag sprach zunächst der Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Heutmann, über "Die Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben". Daran anschließend Kollege Sparenberg über "Haus-, Fabrik- und Vereinsagitation". Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin sich die Delegierten für die Erhebung eines Extrabeitrages zur Bestreitung der Ausgaben der Ortsgruppen aussprechen und sich verpflichten, in ihren Ortsgruppen mit ihrem ganzen Einflusse in diesem Sinne zu wirken.

Kollege Heutmann schloß die Konferenz mit einem Schlusssatz, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, es möchte bald unter der christlich geführten Textilarbeiter-Schaft des schönen Schlesiens ein Gedanke der gewerkschaftlichen Arbeiterkollektivität, der entschlossene Mut und der entschiedene Wille zur Tat lebendig sein.

Verichte aus den Ortsgruppen.

Breschell. Die Kollegin Anna Schlunke erstattete in unserer Versammlung vom 1. Oktober Bericht über die Bezirkskonferenz in Krefeld. Der Vorsitzende besprach sodann das Referat des Kollegen Fischer auf der Bezirkskonferenz besonders in seiner Grundforderung, Stärkung der Zentralkasse. Die Versammlung nahm gegen drei Stimmen folgende Entschliessung an: "Die heute im Lokale des Herrn Jufangel versammelten Mitglieder sind im Prinzip mit der Einführung eines Lokalzuschlags von 5 Pfg. pro Woche einverstanden und versprechen in Mitgliedertreffen dafür einzutreten. Bei eintretender besserer Konjunktur soll eine Generalversammlung endgültig entscheiden."

Sodann wurde noch über den Familienabend gesprochen, der am 12. November stattfindet im Saale des Herrn Huntegeburt. Zur Deckung der Kosten wird für männliche Mitglieder 20 und für weibliche 10 Pfg. entrichtet. Ein etwaiger Ueberschuß soll dem Vorstand zur Verfügung stehen für in Not geratene Kollegen. Nach einem Schlusssatz des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Die Anmeldestelle für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ist beim Kollegen Anton Reggen, Feldern, der auch die Unterstüfung ausbezahlt und zwar freitags von 7-1/2 Uhr abends.

Dülken. Die Adresse unseres Vorsitzenden, J. Kamacher, in Hochstraße 36 und nicht Bierenerstr. Das diene unseren Mitgliedern zur Beachtung.

Schn. An Stelle des nach Holt verzogenen Kollegen Leuchter wurde in unserer letzten Mitgliederversammlung ein neuer Vorsitzender gewählt. Aus der Wahl ging der Kollege Anton Theissen hervor. Dieser dankte dem Kollegen Leuchter für die vielen, der Ortsgruppe gebrachten Opfer und bat um allseitige Unterstützung bei Führung der Geschäfte. Bezirksleiter Kollege Hermes referierte dann über die Bewegung sowie über die allgemeine Lage in der Gladbacher Industrie. Mit dem Wunsch, demnächst eine recht zahlreich besuchte Versammlung begrüßen zu können, schloß der neugewählte Vorsitzende die Versammlung.

Roth b. Nürnberg. Der hiesige evangelische Arbeiterverein veranstaltete am 8. Okt. einen Familienabend, zu dem auch die Mitglieder unserer Ortsgruppe eingeladen und zahlreich erschienen waren. Die Verbindung zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften wurde dadurch schon zum Ausdruck gebracht. Die Feier gelang in allen Teilen vorzüglich. Der Präsident, Pfarrer Schumm, hielt eine packende Begrüßungsansprache, während der Bundessekretär der evangelischen Arbeitervereine für Bayern einen groß angelegten Vortrag hielt über "Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Gewerkschaft". Vieder und Ansprachen wechselten ab und hielten die Anwesenden in froher Stimmung lange beisammen. Durch diese Veranstaltung ist auch unserer Gewerkschaftsbewegung am Orte geholfen.

Schönan. Noch immer hält der Herzzeireit in Schönan die Gemüter in Spannung. Die Arbeiterchaft hat es an nichts fehlen lassen, diesen unangenehmen Streitfall zu beiseitigen und wird auch in Zukunft für ihr Recht einstehen.

Am 8. Oktober fanden zwei sehr gut besuchte Versammlungen statt, die sich mit der Sache befaßten. Die erste war in Lohndau, woselbst das Versammlungslokal viel zu klein war, alle Teilnehmer zu lassen. Gewerkschaftssekretär Kiefer-Vortrag und Volksbürosekretär Giesler-Mühlhan behandelten den Schönaner Herzzeireit und seine Bedeutung für die Allgemeinheit und die Rechtsmittel, sich vor solchen unliebsamen Zuständen zu schützen. Mit Interesse folgten die Versammelten den Ausführungen der Redner. Der Besatz am Schluß der Referate bewies, daß man auch in Lohndau der Ansicht ist, solche Bezugsangelegenheiten, wie sie sich in Schönan zum zweitenmal abspielten, müssen endlich mal ganz aufhören und kann nur durch die gewerkschaftliche Organisation zum Wohle der Kassamitglieder eingegriffen werden. Die Versammlung nahm nachstehende Resolution einstimmig an:

Die im Gahhaus zur Sonne stattfindende, sehr stark besuchte Versammlung, spricht den Kassamitgliedern von Schönan ihre volle Sympathie aus für ihr zurechtiges Eintreten für ihre Kassarechte. Entschieden verurteilt sie, den von einzelnen Personen veranlassenen Herzzeireit, durch die Vorgänge, wie sie sich am 22. September in der Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes und am Tage nachher mit dem Sr. Bezirksarzt abgepielt haben, sind die Versammelten zur Ueberzeugung gekommen, daß eine Regelung der ganzen Angelegenheit nur darin zu erblicken ist, daß die Behörden dafür sorgen, daß baldmöglichst ein neuer Bezirksarzt für den Amtsbezirk Schönan angestellt wird. Die Versammlung hofft, daß das Großherzogliche Bezirksamt baldmöglichst für Regelung der Verhältnisse sorgt.

Nach dieser Versammlung ging nach Schönan in den großen Bier-Löwenaal, woselbst sich etwa 400 Personen zu versammelten hatten, um gegen die Vorkommnisse zu protestieren. Zunächst ergriß Gewerkschaftssekretär Kiefer

das Wort, um Bericht zu erstatten über den Stand der Herzzeireitangelegenheit. Redner betonte besonders, daß es sehr bedauerlich sei, sich immer noch mit diesem Streitfall befassen zu müssen. Wenn sich unter der Bevölkerung ein Mißtrauen gegen Behörden und andere Körperlichkeiten geltend mache, so habe dies seinen Grund in dem anscheinend passiven Verhalten dieser Instanzen. Solche ungesunden Zustände sind sehr bedauerlich.

Die Herzzeireitfrage könne dahin geregelt werden, daß das Sr. Bezirksamt seinen ihm (Redner) am 27. Juli 1911 mitgeteilten Bescheid durchführe, worin es heißt: daß auch das Bezirksamt das Bestellen zweier Ärzte für erforderlich erachte und angesichts der bestehenden Schwierigkeiten das Hinzuziehen eines dritten Arztes für erforderlich erachte um den Kassenvorständen die Wahl zweier Ärzte zu ermöglichen. In Schönan haben wir nun zwei selbständige Ärzte, Herr Dr. Steiger und Herr Dr. Kling. Beide Herrn sind gewillt, die Kassapraxis miteinander zu besorgen. Hossentlich nimmt das Großherzogliche Bezirksamt die Gelegenheit wahr und setzt seine oben genannten Mitteilungen dadurch in die Tat um, indem es die Kassenvorstände veranlaßt, mit den beiden genannten Ärzten Verträge abzuschließen. Redner verliert hierauf eine diesbezügliche Eingabe an das Großherzogliche Bezirksamt. Eine weitere Eingabe, welche jeder Krankenkasse zugesandt wird, wurde vom Redner ebenfalls vorgelesen. Ebenso nachstehende Resolution, welche wie die Eingaben einstimmig angenommen wurde. Die Resolution lautet:

"Die am 8. Oktober im Vier-Söwen-Saale stattgefundene von etwa 400 Personen besuchte Protestversammlung nimmt erneut Stellung zum Schönaner Herzzeireit. Sie spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die maßgebenden Stellen in dieser Angelegenheit noch keine endgültige Regelung herbeigeführt haben. Ebenfalls ist die Versammlung der Ansicht, daß solche Vorkommnisse nur dazu angetan sind, Mißtrauen und Vorurteile gegen Behörden und Kassenvorwaltung hervorzurufen. Der einstimmige Wunsch geht deshalb dahin, daß Großherzogliche Bezirksamt und die Kassenvorwaltungen sollen, der ihnen von der Versammlung angenommenen und ihnen übermittelten Eingabe entsprechen, da sie darin die schnellste Regelung der wirklich traurigen Angelegenheit erblicken.

Als zweiter Redner sprach Volksbürosekretär Giesler von Mühlhausen über "Die Rechtsmittel der Kassamitglieder und die Bedeutung des Konfliktes für die Allgemeinheit". Redner schilderte besonders, wie die Kassamitglieder solche unliebsamen Zustände von vornherein unmöglich machen können. Bei Vorstandsahlen sollen die Kassamitglieder dafür sorgen, daß organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen an solch verantwortungsvollen Posten gestellt werden. Dieser aber muß durch die enge Geschlossenheit der ganzen Arbeiterschaft in den christlichen Gewerkschaften der Rücken gestärkt werden, damit sie frei und ohne Furcht die Interessen der Kassamitglieder wahrnehmen können. Die trefflichen Ausführungen auch dieses Redners wurden mit Rastem Beifall aufgenommen.

Hossentlich sorgt man an maßgebender Stelle endlich einmal dafür, daß in den Schönaner Krankenkassen mit den Ärzten geordnete Zustände platzgreifen, sonst könnte eine Petition an den bad. Landtag unliebsame Erörterungen hervorrufen.

Soziale Rundschau.

Kinder- und Frauenarbeit in der Glasindustrie. Kürzlich tagte in Berlin eine internationale Konferenz der Glasarbeiter. Auf dieser wurde zur Frage der Kinderarbeit, die in der Hausindustrie, besonders Thüringens, noch sehr verbreitet ist, festgesetzt, da bisweilen Kinder schon vier Stunden vor Schulbeginn gearbeitet haben und daß vereinzelt drei- bis vierjährige Kinder mitarbeiten mußten. Eine Entschliessung fordert: Verbot der Kinderarbeit bis zum Alter von 14 Jahren, auch in der Heimarbeit, Lehrlingsbeschäftigung zwischen 14 und 16 Jahren höchstens sechs Stunden lang und keinesfalls mit Nadeln des Glases. Die Frauenarbeit nimmt in den Glasmischereien mehr und mehr zu; in den Glaskampfabriken herrscht sie vollends bereits vor, obwohl die Hitze in ihnen im Sommer manchmal 50° beträgt und das leicht verdunkelnde Quecksilber höchst schädlich wirkt. In Italien sind in Fabrikräumen Stillstuben vorgezogen; es werden dort die Kinder also mit in die Fabriken gebracht. Selbstverständlich nimmt die Frauenarbeit in der Heimarbeit ihren größten Umfang an. Nach einer Debatte, in der bald mehr die hygienische Seite der Frage, bald mehr die der Konkurrenz mit der Männerarbeit betont wurde - von beider Seite nur die erstere - gelangte eine Entschliessung zur Annahme, welche ein Verbot der Beschäftigung von Frauen und Mädchen in Glashütten und Glasmischereien, im übrigen eine Höchstarbeitszeit von acht Stunden und ein Verbot der Nacht- sowie der Sonn- und Feiertagsarbeit verlangt.

Bezüglich der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter in den Glashütten hat auch die Gesellschaft für Soziale Reform eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet. Darin wird dieser gebeten,

bei der bevorstehenden Erneuerung der am 31. März 1912 ablaufenden Verammmachung vom 5. März 1902, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasmischereien und Glasbeizereien sowie Sandbläsereien, die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren auch vor den Gläsern völlig zu unterlagen.

An dieselbe Instanz richtete der Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter eine Eingabe, in der gefordert wird, daß die Nachtarbeit an Orten, an denen die Glasmasse abwechselnd geschmolzen überarbeitet wird, nicht nur für die Jugendlichen, sondern überhaupt für alle Arbeiter verboten wird, falls bei der Bearbeitung der Glasmasse auch jugendliche Hilfskräfte verwendet werden. Die Tagesarbeitszeit an diesen Orten soll ferner für alle Arbeiter auf 10 Stunden beschränkt werden. An Orten mit gleichzeitiger Schmelzung und Verarbeitung der Glasmasse soll die Achtstundenszeit eingeführt werden, während hier bisher sogar für die Jugendlichen die Zwölfstundenszeit gestattet war. Sonntagsarbeit soll unterlag sein, soweit jugendliche Hilfskräfte dazu in der Regel notwendig sind. Binnen einer fünfjährigen Uebergangsfrist sollen diese Einschränkungen

der Arbeitszeit durchgeführt werden. Die sonstigen Schichtbestimmungen der alten Bundesratsverordnung von 1902 für Frauen und Jugendliche sollen in Geltung bleiben. Der christliche Keramikarbeiterverband begründet die Notwendigkeit dieser Forderungen, die über diejenigen der Gesellschaft für Soziale Reform weit hinausgehen, mit der Behauptung, daß ein Verbot der Nachtarbeit für die Jugendlichen allein, ohne gleichzeitiges Verbot für die erwachsenen Glasarbeiter, die an das Zusammenarbeiten mit den jugendlichen Kräften gewöhnt seien, nicht durchführbar sei.

Briefkasten.

S. Seitendorf. Sendung erhalten. Mundet vorzüglich. Abrechnung ist mit dem Kassierer erfolgt. Besten Dank für die Mühe. Freundlichen Gruß.

Versammlungskalender.

- Machen. 24. Okt., 8 1/2 Uhr, in der Maus, Generalvers.
Altenberg. 22. Okt., 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt.
Barmen. 28. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1.
Borghorst. 29. Okt., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Generalversammlung.
Giefenbüchen. 29. Okt., 10 Uhr, im kath. Vereinshaus, Versammlung der Vertrauensleute und der Agitationskommission.
Greiz. 28. nicht 21. Okt., 8 1/2 Uhr, im Burgkeller.
Holt. 29. Okt., 11 Uhr, bei David Kreh, Generalversamml.
Jugendschicht. 22. Okt., 5 Uhr, bei Ed. Hausener, Generalversammlung.
Jüchen. 22. Okt., 1/11 Uhr, bei Adam Kremer, vierteljährige Generalversammlung.
Neuwert. 22. Okt., 6 Uhr, bei Anton Kommerzkirchen.
Odenkirchen. 29. Okt., 10 Uhr, im deutschen Hof, Generalversammlung.
Rheinbach. 28. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Döder.
Rheindorf. 29. Okt., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchnerstraße 55, Quartalsversammlung.
Schiefbahn. 1. Nov. (Allerheiligen), 6 Uhr, bei Jöhnen.
Walheim. 29. Okt., 6 Uhr, bei August Vöhr in Gahn.

Literarisches.

Kurzer Abriss der Spinnerei, Weberei und Appretur. Bearbeitet vom Ingenieur Hugo Bethmann, Dozent für Maschinenbau am Technikum Altenburg. Verlag von Oskar Veinert, Leipzig.

Das vorliegende Buch ist, wie das Wortwort des Verfassers sagt, in erster Linie für technische Anstalten bestimmt, an denen sich die Vorträge über "Mechanische Technologie auch auf Spinnerei und Weberei erstrecken.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese für Maschinen- und Elektrotechniker bestimmten Vorträge nicht in dem breiten Rahmen gehalten werden können, wie dies an den Fachschulen für Textilindustrie erforderlich ist, weil hierfür nur einige Wochenstunden zur Verfügung stehen.

Der Vortrag pflegt in der Weise stattzufinden, daß das Prinzip der Maschinen durch zeitraubendes Skizzieren an der Wandtafel mit nachfolgendem Diktat erläutert wird, oder daß Tafeln benützt werden, die dann ebenfalls nachgezeichnet werden müssen. Die für Textilschulen bestimmten Bücher eignen sich nicht für den Unterricht an den Maschinenbauhochschulen, weil hier die Technologie nicht zum Selbststudium, sondern gewissermaßen zur allgemeinen Bildung des Technikers gehört.

Das Buch beschränkt sich, deshalb lediglich auf eine kurze Erläuterung des Arbeitsvorganges, soweit derselbe für die nachfolgende Beschreibung der mannigfachen Maschinen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Technikers in Frage kommt.

Wer sich über den ganzen Produktionsprozeß in unserer vielgestaltigen Gewerbe Welt aber doch gut orientieren will, laufe sich das Büchlein. Es verdient eine Empfehlung. Der Preis beträgt für das broschurierte Bändchen 2,75, gebunden 0,50 M. mehr.

Es kann auch vom Verlage des Gesamtverbandes in Köln bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Wie die Baumwollindustrie zum Schutzoll kam. - Sozialpolitische Daten und Aufgaben des Reichstags. - Anarcho-Sozialisten. - Die Selbstbehandlung Tuberkulöser durch die Invalidenversicherung. - Feuilleton: Der deutsche Teppich. - Aus der Arbeiterbewegung: Christliche Arbeiterchaft und Feuerung. - Außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. - Die Erneuerung des Buchdruckerartikels. - Arbeiter-Kontrollapparate. - Die Abmachungen des christlichen und kirchlichen Dunderschen Metallarbeiterverbandes. - Eine Stadtverwaltung als Gegnerin des Koalitionsrechtes. - Arbeitergewerkschaft - Kapitalisten. - Eine zwar knappe, aber treffende Begründung des Streikrechtes. - Ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt für Kassamitglieder. - Eine heillosse Verdrängung. - Aus unserer Industrie: Wie wird die Ernte in ägyptischer Baumwolle? - Die Ausfuhr deutscher Seidenwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika. - Die Ausichten für die schlesische Leinwandindustrie. - Deutsch-kolonialer Baumwollbau. - Aus dem Verbandsgebiete: Zur gest. Beachtung. - Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten: M-Gladbach. - Sulz (Ober-Elsaß). - Aus unseren Bezirken: Bezirk Hocholt-Gronau. - Die ordentliche Jahreskonferenz des Bezirks Krefeld. - Die Jahreskonferenz des Bezirks Schleien. - Verichte aus den Ortsgruppen: Breschell. - Dülken. - Hehn. - Roth bei Nürnberg. - Schönan. - Soziale Rundschau: Kinder- und Frauenarbeit in der Glasindustrie. - Briefkasten. - Versammlungskalender. - Literarisches.